

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Buchdruckerei
Tageblatt Riesa.
Central Nr. 20.
Schrift Nr. 82.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gouvernements Meißen bestimzte Blatt.

Buchdruckerei
Dresden 1530.
Schrift Nr. 82.

Nr. 68.

Mittwoch, 14. März 1928, abends.

81. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erzielt jeden Tag abends 1,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig; durch Post abzuhaben. Für den Fall des Zustand von Produktionsunterbrechungen, Erhöhung der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im vorauß zu bezahlen: eine Säule für das erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 m breite, 2 mm hohe Druckseite (8 Silber) 100 Gold-Pfennige; die 20 m breite Reklamezelle 100 Gold-Pfennige; Zeitungen und tabellarische 50%. Auflösung, Beste Zeit. Einmaliges Recht ist erlaubt, wenn der Betrag eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Richtige Unterzeichnung des Rechtes oder der Belehrungsvereinbarungen — hat der Bezieher keinen Einpruch auf Erweiterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Nachzahlung des Bezugspreises. Abdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Gedächtnisbriefe Kostenfrei 50 Pfennige. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Ihr Auszulentes: Wilhelm Wittich, Riesa.

Siegerbillon.

Die Stelle der politischen Widerholung des Genfer Sicherheitsbündes ist schon so lang wie neun Jahre. Da ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die Völkerbundesmäßigkeit selbst solche Kreise zu durchdringen beginnt, die bisher irgend einem Privatgeismus oder einer alleinfühlenden Parteidoktrin an die Seite den Genfer Vorreitern mehr oder weniger kritiklos gehuldigt haben. Seit neun Jahren finden sich die Vertreter der Vereinigungskräfte alle 2-4 Monate zusammen.

Es ist ganz gleichgültig, ob sie sich dabei "Sta" oder "Vollversammlung" oder "So- und so-Kommission" oder "Gesamtverhandlungen"-Komitee für das und das nennen. Weitere Rolle im Jahre wird außer der kostspieligen, ständigen großen Maschinerie des "Völkerbundessekretariats" ein riesiger Apparat von Delegationen, Schachkämpfen, Pressevertretern usw. unter ungeheuren Kosten in Bewegung gesetzt und wird mindestens eine Woche lang unter nicht weniger gewaltigen Kosten, unter einem deliriosen Aufwand von Deutlichkeit, Selbstbeweisdauerung, Blögen und Intrigen mühselig in Bewegung gehalten — natürlich ridikulus mus! — der Erfolg ist ein lächerliches Nichts. Völkerbundes: ein lächerliches Nichts hinsichtlich solcher Verhandlungen, denen dieser sätzlich "Völkerbund" genannte Sicherheitsbündnis einzahlt und allein eine Daseinsberechtigung verdanken würde, wenn sie dort tatsächlich verfolgt werden würden, nämlich: die wirkliche Befriedigung der Welt, die allgemeine Abrüstung, Schutz des Völkerrechts (das ihm weltweit verschieden ist von Völkerbundesrecht), Schutz der schwachen Völker und der Minderheiten, Verhinderung jeder Gewaltspolitik d. h. also u. a. auch Revision der verbrecherischen Diktate von Versailles und Trianon, des Dawes-Diktates usw., mit einem Wort: die Verhinderung der Völkerklaverei.

Tergleichend wäre eine ernsthafte Begründung für einen wahren Bund der Völker. Was hat — man muss es noch der soeben beendeten Tagung wieder einmal fragen — dieser offenkundig beständige Siegerstaatenverband unter maßgebendem französischen Einfluss mit einem Völkerbund von grundsätzlicher Gleichberechtigung und Machtgleichheit zu tun? Diese Genfer Institution, wie sie heute ist, wird nicht besser dadurch, dass man vor ihrer Zweck und Bedeutung ihrer chronischen Erfolglosigkeit sentimental oder weltfremd die Augen schließt oder sich Jahr um Jahr einreden lässt, es werde schon noch die Zeit kommen, wo dieser Bund auch nur die primitivsten Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit abwenden würde.

Übertrieben? Wirklich? Man blättert die Geschichte dieses sogenannten Völkerbundes und seiner Toten durch: wo ist auch nur eine einzige Welt, wo eine europäische Frage von Bedeutung gelöst oder wenigstens der Übung näher gebracht worden? Andererseits aber: wo ist eine deutsche Angelegenheit von Bedeutung, die nicht — sie möchte noch so klar sein, noch so eindeutig zu Deutschlands Gunsten sprechen — in Genf unter dem machenden französischen Einfluss, unter französischem Druck, unter französischen Drohungen in ein Unrecht gegen Deutschland, in eine Verweigerung klarer Rechtsansprüche verfälscht worden wäre? Welches deutliche Delegation ist jemals mit einem offenen, unbestreitbaren Erfolg in wichtiger Sache nach Genf zurückgekehrt? Welches in Genf unter schwerem deutschen Prestige- und Sachposten erreichte "Kompromiss" war nicht zu 75 Prozent ein deutscher Verlust, eine Niederlage? Oft genügte die selbst in deutscher Blättern verbummelte Reichsleitung des aufgelaufenen Franzosen Orland, um die Deutschen mit lämmertlichen Brocken oder ganz leeren Händen nach Hause zu schicken.

Auch diesmal war es wieder dieselbe Komödie wie immer. Wie immer war längst vorher beschlossen, was man wollte. Was flammerte Genf der Skandal von Südtirol, der Skandal des polnischen Wahlkriegs, die Danziger, die Memel-Frage? Aber das, was man unter allen Umständen durchzuführen in Paris beschlossen hatte, ist natürlich geschehen: über Ungarn ist unter glatter Verleugnung aller Vernunft und Wahrheit die nur leicht verschleierte Investigation verhängt worden. Damit ist der von Paris schließlich erwartete Präzedenzfall konstruiert worden, der zu jeder beliebigen Zeit jede beliebige Handlung gegen Deutschland geben wird. Das und nichts anderes war Sinn und Zweck dieser Kaisierung. Wir haben — wie immer — an dem Strick mitgebracht, der einmal eine Schlinge für unseren Kopf werden wird.

Seidt in Deutschland schwatzt man immer gedankenlos von dem "Friedensvertrag" anstatt von dem Diktat von Versailles. Es kommt hauptsächlich daher, weil die Deutschen diese Verstümmelungskäte nicht einmal im gedrängten Nutzen, geschweige denn im Vorhantnen kennen. Selbst in Deutschland, auf dessen Kosten in erster Linie das Genfer Plausibeleben lebt, kann man sich nicht daran gewöhnen, diesen sogenannten Völkerbund wahrheitsgemäß Siegerstaatendank zu nennen und sich an vorher gegen sich selbst rücksichtloser Erkenntnis der Tatsachen zu erziehen, an denen kein noch so komplexer Elberstreifen zu entdecken ist.

Erkrankung des Reichsministers v. Neudell.

X Berlin. Wie wir hören, ist Reichsminister des Innern v. Neudell an schwerer Grippe mit hohem Fieber erkrankt.

Arbeitsaufnahme in den Siemens-Werken.

Berlin (Kunstmarkt). Die Siemenswerke teilen mit, dass sämtliche betriebsfähigen Betriebe heute die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen haben.

Aufräumungsarbeit im Reichstag.

vda. Berlin, Dienstag, den 13. März, 14 Uhr. Ohne Aussprache wird zunächst die Haushaltserörterung für 1924 bis 1927 genehmigt.

Auf der Tagordnung steht dann der Nachtrag-Bill für 1927, der u. a. die zur Deckung der aus der Haushaltsumgelegenheit entstandenen Kosten bereitzustellen sieben Millionen enthält.

Ohne Aussprache wird der Nachtrag-Bill dem Haushalt ausdrücklich überwiesen.

Es folgt die Beratung des Teiles des

Not-Programms,

mit dem die Fleischproduzierende Landwirtschaft unterstellt werden soll.

Zunächst will eine Novelle zum Notfalls-Gesetz für die Schweinefleisch-Abgabe Einführung einführen, deren Wert betrugen soll bei der Ausfuhr von lebenden Schweinen 18 Mark, bei Schweinefleisch 21 Mark und bei Schweineschinken in Büchsen 27 Mark je Doppelzentner.

Ein dazu vorliegender sozialdemokratischer Antrag will die zollfreie Einfuhr von Buttergerste zum Gegenwert der Einfuhrsteine machen.

Nach der zweiten Regierungsvorlage soll das zollfreie Gefrierfleischkontingent von 120 000 auf 80 000 Tonnen herabgesetzt und der Regierung die Ermächtigung erteilt werden, das Kontingent weiter dem Stand der Fleischversorgung anzusehnen.

Abg. Frau Burm (Soz.) wendet sich gegen die Regierungsvorlagen. Die vom Reichsnährbaurministerium zum Beweis für den gestiegenen Fleischkonsum angeführten Zahlen seien nicht ganz zutreffend. Tatsächlich sei heute der Fleischverbrauch noch um sieben Prozent geringer als in der Vorkriegszeit. Die Heraushebung des zollfreien Gefrierfleisch-Kontingents werde keineswegs die erwartete Hilfe bringen, denn der Anteil des Gefrierfleisches am Gesamtmeatverbrauch betrage nur vier Prozent.

Die Rednerin fragt den Minister, mit welchem Recht er schon jetzt für Februar und März das zollfreie Gefrierfleischkontingent von 10 000 auf 8500 Tonnen herabgesetzt habe, obwohl das Gesetz noch gar nicht angenommen sei. Die Regierung widrigt mit ihren Maßnahmen die Konsumanten, ohne den Produzenten damit wirklich zu helfen. Die Heraushebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents sei eine antisoziale Maßnahme. Die Rednerin beantragt allgemeine Vollrechte für Gefrierfleisch, oder Heraushebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents.

Reichsnährbaurminister Schiele

erwidert der Rednerin, er sei wohl berechtigt gewesen, das Kontingent für Februar und März herabzuweisen. Das entspreche durchaus dem geltenden Recht. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, das zollfreie Gefrierfleisch nur der minderbedienten Bevölkerung zugänglich zu machen. Bei der Verteilung des Kontingents sollen möglichst nur die Gebiete berücksichtigt werden, in denen sich schon bisher Bedarf gezeigt hat. Diese Beschränkung wird es ermöglichen, dass die aufgelösten Verkaufsstellen in den mit Gefrierfleisch auch weiterhin zu versorgenden Gebieten noch wie vor die notwendigen Wettbewerber erhalten können.

Der Minister äußert sich dann über die Lage des Rindfleisch- und Schweinemarktes und bestreitet, dass die Rind- und Rindfleischpreise gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind. Wenn man die veränderten Verhältnisse zu Grunde legt, sei der heutige Rinderpreis sogar 20 Mark niedriger als der von 1918. Bei Fortdauer des jetzigen Zustandes würden die kleinsten Betriebe, zu denen auch die Landarbeiter gehören, monatlich 80 Millionen Mark zuziehen. Die Eigenverfütterung mit Fleisch sei in Deutschland im wesentlichen erreicht. Es sei offensichtlich, gegenüber allen diesen möglichen Umständen den bei der Viehhaltung erzielten gewaltigen volkswirtschaftlichen Fortschritten festzuhalten, ihn nach Möglichkeit zu fördern und nicht durch ruinöse Abfahrtsverhältnisse zunächst zu machen. Aus der Schlachtwiehervorproduktion ergebe sich heute in Deutschland ein Wert von 5% Milliarden Mark, allein aus der Schweinehaltung ein solcher von 3% Milliarden Mark. Der heutige marktunterschreitende Schlachtwiehemarkt beweise, dass die Produktion auf diesem Gebiete so nicht aufrechterhalten, geschiehe denn vermehrt werden könne, wenn nicht bald eine Rendition eintrete. Die 1924 noch notwendig gewesenen besonderen Einfuhr erleichterungen seien heute nicht mehr erforderlich. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit der Gesetzesvorlage.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) nennt Rinderhöhung und Einfuhrverbot unauslösbare Mittel zur Förderung der Landwirtschaft. Besser werde der Landwirtschaft geholfen durch Aufhebung der Futtermittelzölle und Siedlung. Den Einfuhrbeitrag für Schweinefleisch nimmt der Redner zu. Mit der Gefrierfleischvorlage habe die Regierung die Anlandung des Notprogramms übertritten. Darauf sei von einem sofortigen Abbau bis 50 000 Tonnen gesprochen worden, während jetzt mit einem Schlag die Verminderung vorgeschlagen werde. Auf die Konsumanten müsse die nötige Rücksicht genommen werden. Mit einer Heraushebung des Kontingents müsse eine allgemeine Vollherabsetzung für Gefrierfleisch verbunden werden.

Abg. Hoernle (Komm.) bezeichnet die Vorlagen als ein Gesetz zur Ausweitung der Krisen.

Abg. Döhring (Christl. Nationale Bauernpartei) fordert die völlige Aufhebung des zollfreien Gefrierfleisch-Kontingents.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlagen werden dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Gesetz über die weitere Auslastung von Hilfsmittel-

bern im Reichspolitikamt wird ohne Aussprache in allen drei Sitzungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des von den Abg. D. Dahl (D.P.) und Genossen eingebrachten Gesetzes zur

Fortführung der Strafrechtsreform.

Das Überleitungsgebot besagt, dass die jetzt im Reichsausschuss verhandelte Vorlage auch den kommenden neuen Reichstag beschäftigen soll, ohne dass es ihrer erneuten Einbringung bedarf, und dass die Entwürfe als neue Vorlagen gelten.

Abg. Seehaus (Komm.) bekämpft die Vorlage und den Strafgeschentwurf, der die Arbeitsteilungkeit der Justiz noch verstärken wolle.

Abg. D. Dahl (D.P.) begründet kurz seine Überleitungsgebot. Der Reichstag und die Reichsregierung hätten in den letzten Monaten des vergangenen Jahres fast einmütig die möglichst baldige Verabschiedung der Strafrechtsreform gewünscht. In 62 Sitzungen habe der Ausschuss den allgemeinen Teil der Reform erledigt. Mit dem Österreichischen Parlament sei erfolgreiche Zusammenarbeit geleistet worden. Um diese Arbeit nicht beim Reichstagabschluss nutzlos verloren zu lassen, sei das Überleitungsgebot notwendig. Dem kommenden Reichstag werde dadurch in keiner Weise vorgegriffen. Er könnte den Entwurf in der neuen Reichsverhältnissen entsprechenden Weise jederzeit ändern. Der Redner hält um Annahme seines Antrags.

Abg. Bandenberg (Soz.) erklärt, seine Fraktion werde dem Überleitungsgebot zustimmen. Das sei keineswegs gleichbedeutend mit einer Zustimmung zu dem Strafgegententwurf in der ihm der Ausschusserhebbarkeit gegebenen Fassung. Die kommunistischen Anträge im Ausschuss seien keine Verbesserungsanträge gewesen. — Der Redner kritisiert unter wachsender Unruhe der Kommunisten einige dieser Anträge. Abg. Torgler (Komm.) erhält einen Ordnungsruf, weil er dem Redner "Unverantwortlichkeit" zugeschrieben hat.

Das Überleitungsgebot wird in erster und zweiter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Der sozialistischen Vorlage der dritten Lesung wird von den Kommunisten widergesprochen.

Die Novelle zum Gesetz über das

Berfahren in Versorgungsfällen,

das hierauf zur zweiten Beratung kommt, will Kriegsbeschädigten in der Regel Gehübschfreiheit einzuräumen und bringt eine weitere Einschränkung der Gültigkeit des Gesetzes.

Abg. Bassek (Soz.) begrüßt in dem Entwurf die Beseitigung mehrerer Verstöße, die die Personalabbaubewilligung in das Verfahren gebracht habe. Die Sozialdemokraten würden der Vorlage zustimmen und behielten sich vor, im neuen Reichstag weitere Verbesserungsanträge zu stellen.

Abg. Sparrer (Dem.) drückt seine Freude über die Einigkeit aus, mit der die Parteien im Ausschuss der Vorlage zugestimmt hätten. Er empfiehlt zur Annahme die Ausschusseinführung, in der verlangt wird, dass bis zum 31. 12. 1928 die Nachuntersuchungen der Versorgungsberechtigten, soweit sie von Amts wegen vorzunehmen wären, eingestellt werden.

Abg. Meyer-Straßen (Komm.) bemängelt verschiedene Sinkelheiten der Vorlage, vor allem die Einschränkung der Rechtsmöglichkeit. Die Kommunisten könnten deshalb der Vorlage nicht zustimmen.

Die Novelle wird gegen die Stimmen der Kommunisten in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso die Ausschusseinführung.

Zur Beratung steht dann der Bericht des Wohnungsbauausschusses zu der Denkschrift über die

Bauungsnutz und ihre Bekämpfung.

Der Ausschuss fordert in seinen Beschlüssen einen Wohnungsbauplan bis Ende 1928 und eine jährliche Errichtung von mehr als 200 000 Wohnungen.

Der 1927 publizierte Fehlbetrag soll durch Auslandsleihen bis 350 Millionen gebildet werden. Die Bau- und Amortisationsraten aus Handelssteuer-Abgaben und Darlehen sollen ausschließlich für den Kleinwohnungsbau benutzt werden.

Abg. Hättmann (Soz.) gibt folgende Erklärung ab: Die sozialdemokratische Forderung eines festen Wohnungsbauprogramms wird durch die vorliegenden Beschlüsse keineswegs erfüllt. Die größten Widerstände liegen in der absolut ungünstigen Finanzierung. Deswegen fordert die sozialdemokratische Fraktion erneut die volle Verwendung der Hauszinssteuermittel für den Kleinwohnungsbau. Sehr große Bedenken hat die Fraktion gegen die Überlassung von Hauszinssteuergeldern an Industrie- und private Bauunternehmen. Auf diese Mittel haben in erster Linie die sozialen Baugenossenschaften ein Auge. Trotz dieser Bedenken stimmt die Fraktion den Ausschusbeschlüssen zu, weil sie doch einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand erkennen lassen.

Die Beschlüsse des Wohnungsbauausschusses werden ohne weitere Debatten mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen nun die am letzten Freitag zurückerstellten Abstimmungen zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Wintersgehalts wird gegen die Antagriffen abgelehnt.

Der Haushalt wird nach den Abschusbeschlüssen angenommen, ebenso verschiedene Entschließungen, in denen z. B.

größere Verstärkung des ortsbürglichen Handwerks bei Wirtschaftsbedingungen und eine Kontrolle darüber gefordert wird, daß die Kraftverkehrsgesellschaften, an denen das Reich beteiligt ist, nicht dem privaten Transportgewerbe Konkurrenz machen.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten auf Bewilligung von zwei Millionen zur Befreiung des neuen Beppelmeier-Gesetzes wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Abgelehnt wird auch der Gentrumsantrag, der für den Mittelstandskanal noch zwanzig nur sechs Millionen einforderte.

Um 18½ Uhr verlädt sich das Haus auf Mittwoch 14 Uhr: Reichswahlkreis.

Certisches und Sächsisches.

Nielsa, den 14. März 1928.

* Wettervorbericht für den 15. März 1928. Entgegnet von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Vorlesung woltig. Nachmitt. Tageshöchste Temperaturen im Hochland über Null ansteigend. Nordöstliche bis östliche Winde mäßiger Stärke. Höchste Tagen Temperaturumkehr.

* Daten für den 15. März 1928. Sonnenaufgang 6,15 Uhr. Sonnenuntergang 18,04 Uhr. Mondaufgang 2,48 Uhr. Monduntergang 10,17 Uhr.

44 v. Chr.: Julius Caesar in Rom ermordet (geb. 100 v. Chr.).

933: Heinrich I., der Vogler, der eigentliche Gründer des Deutschen Reiches (geb. um 876), schlägt die Ungarn an der Unterein.

1880: Der Dichter Paul Heyse in Berlin geb. (gest. 1914).

1917: Abdankung des Kaisers Nikolaus von Russland.

* Heute Dürrer-Gedächtnisfeier. Zum Gedächtnis des am 6. April 1528 in Nürnberg verstorbenen großen deutschen Meisters Albrecht Dürer veranstaltet die Stadt Nielsa heute Mittwoch um 8 Uhr im Wichtspielhaus "Capitol" eine öffentliche Dürrer-Gedächtnisfeier. Der Besuch dieser Veranstaltung sei hiermit nochmals bestens empfohlen.

* Offizielle gemeinschaftliche Sitzung des Schulbezirksvorstandes und Schulausschusses fand gestern abend von 17 Uhr ab unter Leitung des Herrn Bürgermeister Hans im Ratssaal im Rathaus statt. Vor Eintritt in die Tagessitzung gab Herr Bürgermeister Hans bekannt, daß Herr Hähler als Gemeindeverordneter der Gemeinde Görlitz erste mal anwesend sei. Herr Hähler wurde willkommen geheißen und gebeten, zum Wohle unseres Schulwesens fröhlig mitzuwirken. Es wurde sodann von einer Einladung der Berufsschuleitung zu der am 19. März, nachm. 5 Uhr, in der Turnhalle der Berufsschule stattfindenden Eröffnungsfeier Kenntnis genommen. — Punkt 1 der Tagessitzung betraf die Stellungnahme zu Änderungsanträgen zur neuen Ortschulordnung. Der leitende verantwortliche Erwiderer erläuterte den Entwurf der neuen Ortschulordnung, der dem Bezirksschulrat vorgelegt und von diesem sind einige Änderungen getroffen worden. Mit diesen Änderungen hat sich der städtische Schulbezirk eingehend beschäftigt. Von den getroffenen Änderungen wurde gestern zufrieden Kenntnis genommen. — Im Zusammenhang mit der Befreiung der Abänderungsanträge wurde Punkt 2 der Tagessitzung, Entschließung über die Verteilung der Wandertage betr. erledigt. Mit der ortsgesetzlichen Regelung bereitgestellt, daß für das 5. Schuljahr 6 Wandertage, für das 6. Schuljahr 8, für das 7. und 8. Schuljahr je 10 Wandertage festgestellt werden, erklärte man sich einverstanden. — 3. Zur Frage der Übernahme anteiliger Prozeßkosten in einer Auswertungsfrage wurde einstimmig beschlossen, eine Frist nicht zu geben. Es handelt sich hierbei um die Durchführung eines Prozesses verschiedener Gemeinden durch die Stadt Nielsa gegen die AGA Knappichspflege-Pensionsschule Freiberg. Aufwertung von Darlehen betr., wobei auch die Schulfasse mit einem anteiligen Betrage interessiert ist. Nach eingehender Prüfung hat das Rechnungsamt festgestellt, daß die Schuldurkunden der Stadt Nielsa ganz anders lauten, als die der Stadt Bautzen, weshalb eine für Nielsa günstige Entscheidung kaum zu erwarten steht. — 4. Als Teilnehmer an der vom 12. bis 17. April d. J. in Berlin stattfindenden Tagung des Pädagogischen Kongresses wird auf Vorschlag der Obmann des städtischen Schulbeirates, Herr Stadtkonsistorialrat Günther, abgeordnet. — 5. Die Berufsschuleitung hat auf Anregung beantragt, ab Ostern 1928 neben den bereits bestehenden Schneiderinnenkurzuren auch die Einrichtung von Kochkursen für nichtberufsschulpflichtige Frauen und Mädchen zu beschließen. Bei einem solchen Kursus könnten nicht mehr als 16 Teilnehmerinnen zugelassen werden; sie müßten sich zur Teilnahme auf ein halbes Jahr verpflichten. Jede Teilnehmerin an einem Kursus, der an einem Wochende jeder Woche von 6—10 Uhr stattfinden soll, hat pro Wochende 5 RM. und für jeden Unterrichtsstunden zur Deckung der benötigten Kochzutaten etwa 60 Pf. zu zahlen, so daß die Schulfasse nur die Kosten für die Raumbenutzung, Beleuchtung und Heizung zur Last stellen würden. In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß man, da das Bedürfnis vorzulegen scheine, der Einrichtung von Kochkursen für Nichtberufsschulpflichtige grundsätzlich zustimme, allerdings unter der Voraussetzung, daß der von den Kursteilnehmerinnen zu entrichtende Beitrag die Kosten für die benötigten Lehrkräfte deckt, da einer etwaigen Zusatzbewilligung aus Mitteln der Schulfasse unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen nicht zugestimmt werden könne. Es wurde schließlich beschlossen, die Angelegenheit bis zur nächsten, demnächst stattfindenden Sitzung der Berufsschule zu erfragen, der nächsten Sitzung eine eingehende Kostenaufstellung zur Frage dieser Kursteilnehmerinfrage vorzulegen. — 6. Ebenfalls vertragt wurde ein weiterer Antrag der Berufsschuleitung auf ganzjährige Beweisung der Kanalreinigung. Die Frage soll dem städtischen Schulbeirat überwiesen werden, damit von dieser Stelle aus zunächst die Baumfrage, die Beweinung der Schreibmaschine usw. eingehend geprüft werde. — 7. In einer früheren Sitzung des Schulbezirksvorstandes und Schulausschusses war beslagnahmt beschlossen worden, den Wirtschaftskauf in den Volksschulen infolge erhöhter Stückpreise einzustellen und nur noch bedarfsgünstigen Schülern Wirtschaft durch Vermittlung des Wohlfahrtsamtes unentgeltlich verabreichen zu lassen. Auf Grund dieses Beschlusses hat die Direktion der Rossmarkt-Gesellschaft in einigen Schreiben nachgesucht, den Verkauf von Wirtschaft in den Volksschulen wieder zu gestalten und gleichzeitig mitgeteilt, den Preis eines Bechers Wirtschaft unabhängig von einer etwa eintretenden Preiserhöhung ständig auf 8 Pf. pro Becher festzulegen und dem Differenzbetrag von 2½ Pf. zwischen dem früheren und dem jetzigen Preis jeweils an das städtische Wohlfahrtsamt abzuführen. Bei erheblicher Preiserhöhung würde gegebenenfalls die Abführung obigen Vertrages an das Wohlfahrtsamt in Begfall kommen. falls der allgemeine Wirtschaftskauf in den Volksschulen nicht wieder eingeführt werden würde, werde die Rossmarkt-Gesellschaft infolge des geringen Umsatzes und der damit verbundenen hohen Transportkosten auch die Abschaffung der Wirtschaft, die durch Vermittlung des Wohlfahrtsamtes geleistet werden sollte, einstellen müssen. Es

der folgenden Aussprache wurde für und gegen die Wiedereinführung des Wirtschaftskaufs gestritten. Es wurde einerseits darauf hingewiesen, daß von manchen Eltern die Einschaltung des Wirtschaftskaufs in den Schulen ungemein empfunden werde, während andererseits bestont wurde, daß der Beschluss der Einschaltung des Verkaufs doch auf Anregung der Unterrichtsveranstaltungen, in denen die Lehrer seit erfolgter Wirtschaftserhöhung kritisiert worden sei, gefasst worden sei. Die Aussprache endete schließlich mit dem Ergebnis, daß man sich einstimmig (mit einer Stimmenabstimmung) damit einverstanden erklärte, den leitenden geschaffenen Beschluss, den Wirtschaftskauf in den Volksschulen einzustellen, aufzukündigen. — Einem Antrage der Leitung der Schule am Wasserburg am Radevortragung von 200 RM. zu Buchen des Konzils 1. Ila des Meißnerischen Haushaltplanes wurde zugestimmt. Die Überschreitung, die durch Erparung eines anderen Vokals ausgelöscht wird, ist darin begründet, daß sie nachdrücklich die Fortsetzung einer weit höheren Anzahl Mandatsträger als dringend nötig erweisen hat. — Eine Anregung, die Strafzettel für Verlustschüler so zu legen, daß diese Stunden den Unterrichtsstunden des betreffenden Schülers angegliedert werden möchten, und Veranlassung zu einer längeren Aussprache. Es wurde darauf hingewiesen, daß durch die legale Einschränkung durch welche der Schüler die Strafzettel auf einem für ihn schulreichen Tage absolvieren müsse, dem Lehrer oder sonstigen Arbeitnehmern durch den Zeitverlust Nachteile entstünden, da die Schüler der Arbeit längere Zeit entgegen würden, während dies an einem Tage, an welchem die betreffenden Sonntags zur Schule müssten, nicht ins Gewicht falle. Von dem Vertreter der Berufsschule wurde darauf hingewiesen, daß er eine Rendierung zunächst nicht eintreten könne, da die Festlegung der Zeit für Strafzettel auf Grund der ministeriellen Bestimmung zu erfolgen habe. Es wurde im weiteren auf die immer wiederkehrenden Klagen eingewiesen und angeraten, die Befestigung der Berufsschule möglicherweise, ob sich eine Ausdehnung der bestehenden Bestimmungen ermöglichen lasse. — Damit hatte die öffentliche Sitzung gegen 18 Uhr ihr Ende erreicht. Es wurde nichtöffentlich weiterberaten.

* Um die Rechtsfähigkeit des Gütenachspruchs. Vor dem Landesarbeitsgericht Dresden wurde gestern die Verhandlung über die Frage der Rechtsfähigkeit des Gütenachspruchs in der Gütenindustrie in der Berufungskammer fortgeführt. Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts wird Donnerstag bekanntgegeben werden.

* Richter Kunstabend. Der achtzige Kunstabend machte uns mit dem Sänger aus Paule Dr. Peter Bach aus Berlin bekannt. Wie häufig 18 Nummern interessanter lirischer Stücke, in der Hauptfläche der neuen und neuem Literatur entnommen: Hermann Hesse, Rainier Maria Rilke, Anton Wildenau, Stefan George, auch Christian Morgenstern und Joachim Ringelnatz waren vertreten. Diese Gedichte dramatisiert und illustriert der Künstler mit sehr geschaffener Musik auf der Pianola. Schwermettige Wellen, wie "Wer jetzt weint" von Rilke oder "Der Sammler" von Morgenstern lieben ihm besser als die heiteren. Obgleich er ein vorzülicher Sprech- und Lautenkünstler ist, brachte seine Kunst die feinlichen Empfindungen der Zuhörer nicht immer zum Mitschwanken. Warum so? Wir meinen: Der Künstler fehlt der volkstümliche Einschlag und Charakter, den man bei Lautenkunst gewöhnt ist. Auch könnte ein großer (wenn auch verdunkelter) Konzertsaal für diese intime Kunst nicht geeignet sein.

* Offizielle höhere Handelslehranstalt zu Nielsa. Die feierliche Entlassung der abgehenden Schüler und Schülerinnen der offiziellen Höheren Handelslehranstalt zu Nielsa fand gestern vormittag 11 Uhr statt. Sie wurde ausgesetzt durch die Unwesenheit von Herrn Stadtverordnetenvorsteher Günther als Vertreter des Stadtverordnetenkollegiums, Herrn Direktor Gerber als Vorsitzenden des Verbundes der Industriellen Nordostdeutschlands und des Arbeitgeberverbandes, der Herren des Handelskuratoriums sowie zahlreicher Angehöriger und Lehrer der Abgehenden. Nach dem Odeon für Bläser und Geigen aus der Sonate Walzerque von L. van Beethoven gab Herr Stadtverordnetenvorsteher Oehme einen kurzen Bericht über das 61. Schuljahr, das reichlich an sozialer Arbeit gewesen ist, reich auch an Nutzen um die Weiterentwicklung der Anstalt nach den vom Wirtschaftsministerium aufgestellten Richtlinien. An die Abgehenden richtete der Redner herzliche Worte der Anerkennung für die geleistete Arbeit und die Wohnung, durch Treue in der Arbeit das Beste zu tun für die wirtschaftliche und kulturelle Erneuerung Deutschlands, fügt der Freiheit zu freuen, die die Jugend heute geniebt, aber auch sich hets der Verantwortung bewußt zu sein, die sie damit auf sich genommen. — Für die abgehenden Schüler und Schülerinnen richtete Johannes Müller 14 Worte des Dankes und Abschieds an Lehrengabe und Schulvorstand. Er wies auf die Lage unseres Vaterlandes und auf die Kriegsabgaben, die der deutschen Jugend warten, hin. Seine mahnende Worte durch Treue in der Arbeit, Stabilität von Körper und Seele, Überwindung der Kriegsfolgen, Begeisterung für alles Edle und Schöne, Bewahrung des großen Geistlichen mit eingetragen an dem weiteren Aufbau des Reiches, galten sowohl abgehenden wie anzuwendenden Schülern, in deren Namen Edmund Beyer II. dankt und versprach, nach Kräften dem Ziel zu zutreten.

Aus Sitzungen der Handelskammer Dresden, der Riesaer Bank, A.-G. zu Nielsa, des Deutschen Nationalen Handelsgebietsverbands Hamburg, Ortsgruppe Nielsa, des Centralverbandes der Angestellten, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, der Handelskultivvereinigung Nielsa 1926 sowie der Schulstiftung konnte Herr Studiendirektor Oehme folgende Schüler und Schülerinnen mit Büchergaben auszeichnen:

Aus Klasse I:

Johann Reinert, i. O. Ernst Bille Nachl., Friedrich Wiedeler, i. O. Jean Vaters, Johannes Müller, i. O. Riedigemeinde Gröba, Werner Münderer, früher i. O. Johann Carl Heyn, Gottlob Kramer, i. O. Wittenberger Firma, Paul Günther - Gräf. Runze, i. O. Meissner Bank, Margot Richter, i. O. Sächs. Möbelindustrie.

Aus Klasse II:

Alfred Jädel, i. O. Johannes Biller, Franz Jüngig, i. O. Arthur Jäger, Paul Gummich, i. O. Grohmannausgesellschaft, Paul Wermann, i. O. Grohmannausgesellschaft, Johannes Fiedler, i. O. Arno Bänker.

Aus Klasse VI:

Hilfe Bösch, i. O. Rechtsanwalt Dr. Mädel, Walter Haimel, i. O. Dr. Adolph Bäck.

Die abgehenden Schüler und Schülerinnen der Klassen stifteten für die Lehrerbibliothek ein wertvolles Werk. Nach einer kurzen Ansprache des Vorstandes des Schulvereins, des Herren Baufeldirektor Sommer, wurden die abgehenden Schüler aus dem Verbande der Schule entlassen. Als Entlassungsrede war von Vorständen des Schulbehörders (Waldmünster-Vater bild verab.) von Richard Wagner und des Schulrates (Abdichtungsgefang) umrufen.

* Der Gewerbeverein wird am Donnerstag im Hotel Löbner als letzte Versammlung im Winterhalbjahr einen "Guten Abend" bieten, der in vielseitiger Abwechslung angenehm unterhalten dürfte. Die ehemalige Konzertfängerin Hrl. Göthe singt einige Lieder, sehr junge Turnerinnen führen lädierte Tänze auf und eine fröhle Turnerin singt für ein heiteres Turner-Untermazzo. Ein Anlager macht eines Amtes. Der Sekretär hat diesmal etwas Unheimliches geschaffen, wie es seit langer Zeit im Gewerbeverein nicht zu sehen war und auch sobald nicht wieder geschehen wird.

* Der Privatdiskont ist für beide Richtungen um 1% auf 6% erhöht.

* Die Anmeldungen zu den öffentlichen Berufsschulen beginnen. Die "Sächs. Staatsdr." schreibt: Das neue Schuljahr der Berufsschulen beginnt am 1. April. Zum Besuch der öffentlichen Berufsschule sind alle Knaben und Mädchen ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses verpflichtet, die nach erfüllter Volksschulpflicht in den Jahren 1926 und 1927 aus öffentlichen Berufsschulen entlassen worden sind oder im März 1928 die Schule verlassen und nicht entweder höhere Schulinstanzen oder solche Annahmen oder Privatschulen durchgeholt haben wollen, deren Unterricht vom Besuch der öffentlichen Berufsschule bereit. Zur Aufnahme sind Schulabschlußzeugnisse sowie Pass, Geburts- und Wiederimpfpass sowie Vater und Schreiber mitzubringen. Die Aufnahme der Schüler und Schülerinnen erfolgt nach Berufen. Rücksicht über den Aufnahmetag der einzelnen Berufsschulen u. a. ist beim Schulamt der Stadt zu erfahren. — Lehrerinnen und Arbeitgeber sind gelehrt, verpflichtet, den von ihnen beschäftigten berufsschulpflichtigen jungen Leuten die zum Schulbesuch erforderliche Zeit einzuräumen und sie zum regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten. Das Aufsuchen vom Besuch der Berufsschule — auch wegen dringlicher Arbeiten und Bergal. — ist nach § 3 des Sächsischen Volksschulgesetzes in Verbindung mit §§ 120 und 150, § 4 der Reichsverordnung strafbar.

* Erhöhung der Leistungen der Gewaltversicherung. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags überwarf einen Entwurf der Reichsregierung zur speziellen Verberichtigung an einen Unterstaatssekretär, der die Ausfällung zurückgelegten Beitragssummen im Reichsbudschafft um 10 Prozent erhöhen will. Die dadurch entstehende jährliche Mehrabgabe von ungefähr 100 Millionen will das Reich aus eigenen Mitteln tragen und von einer Beitragserhöhung deshalb absehen, weil sonst, wie Ministerialdirektor Grieser vom Reichsberufsbildungsministerium beworben, die Sozialabgaben der letzten Zeit steilrutschig würden. Die Sozialabgaben würden in den Städten um monatlich 6-8 M. erhöht werden. Auch für die Angestellten-Versicherung ist ein analoges Vorgehen geplant.

* Wichtig für Kriegsbeschädigte! Mit der Personal-Ubbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 wurde u. a. auch die Zahlung der Anstellungsentnahmefreiheit, der Zulage für Aufzehrung des Bülbilvergütungsscheins und der Bülbilvergütungsentnahmefreiheit für die vor der Ausfällung zurückgelegten Beitragssummen im Reichsbudschafft um 10 Prozent erhöht werden. Die dadurch entstehende jährliche Mehrabgabe von ungefähr 100 Millionen will das Reich aus eigenen Mitteln tragen und von einer Beitragserhöhung deshalb absehen, weil sonst, wie Ministerialdirektor Grieser vom Reichsberufsbildungsministerium beworben, die Sozialabgaben der letzten Zeit steilrutschig würden. Die Sozialabgaben würden in den Städten um monatlich 6-8 M. erhöht werden. Auch für die Angestellten-Versicherung ist ein analoges Vorgehen geplant.

* Wichtig für Kriegsbeschädigte! Mit der Personal-Ubbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 wurde u. a. auch die Zahlung der Anstellungsentnahmefreiheit, der Zulage für Aufzehrung des Bülbilvergütungsscheins und der Bülbilvergütungsentnahmefreiheit eingeführt. Nach einem Erlass des Reichsberufsbildungsministeriums vom 10. Februar 1928 wird im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister bestimmt, daß diese Verlängerungsfreibürde vom 1. Oktober 1927 ab als Kriegsausgleich wieder laufend — in Reichsland — in ihrer früheren Höhe, jedoch nur bis zum Höchstbetrag von 12 M. monatlich, von Amts wegen Brüderung der wirtschaftlichen Verhältnisse geahndet werden. Als Empfänger kommen nur diejenigen in Betracht, die diese Verlängerungsfreibürde bis zur Zahlungsendzeit auf Grund der Personal-Ubbau-Verordnung tatsächlich bezogen haben oder die auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1923 eine einmalige Abfindung erhalten haben. Neuverhüllungen sind grundsätzlich ausgeschlossen. Wie vom Reichsland der Kriegsbeschädigten mit dem Kriegsbeschädigten und dem Bülbilvergütungsschein bis zur Zahlungsendzeit auf Grund der Personal-Ubbau-Verordnung tatsächlich bezogen haben, auf Antrag die Abfindung bis zu obengenannte Höhe gegen Rückgabe des Bülbilvergütungsscheins wieder erhalten, und zwar frühestens vom 1. des Antragsmonats ab. Neben einer Verlängerung nach dem Reichsberufsbildungsschein oder Altrentnergebot wird die Bülbilvergütungsentnahmefreiheit nicht gewährt. Entsprechende Anträge sind über die zuständige Ortsgruppe des Reichsbundes an das für den Wohnort zuständige Verwaltungskomitee zu richten. Für Inhaber des Beamtencheinnes nach dem Reichsberufsbildungsschein kommt die Zahlung nicht in Betracht.

* "Verantwortlichkeit" des Angestellten im Verkehr mit der Reichsberufserziehung. Der GDV schreibt: Das Angestelltenver sicherungsgesetz gibt den Arbeitnehmern die Möglichkeit, ihre geleisteten Pflichten, insbesondere also die Pflicht der Abführung der Beiträge auf Angestellte zu übertragen. Handelt solche Stellvertreter den geschilderten Vorschriften wider, so trifft die Strafe in erster Linie den Angestellten. Bei der Angestelltenversicherung sind nun Beitragsrückstände und Beitragsunterschreitungen nicht gerade eine Seltenheit. Bei der Verfolgung solcher Verstöße gegen die Beitragsvorschriften wird nun erfahrungsgemäß von betroffenen Arbeitgebern immer wieder der Verzug gemacht, die Verantwortung für die unterbliebene Beitragszahlung auf diesen oder jenen Angestellten abzuwenden. Der Arbeitgeber beruft sich darüber, daß er den betreffenden Angestellten mit der Erfüllung der Beitragsvorschriften beauftragt habe und daß das durch einen Bericht des seinerzeit keine Rede sein könne. Gibt man den Dingen dann auf den Grund, so stellt sich vielfach heraus, daß der Arbeitgeber lediglich Rebedenungen gebracht hat, wie etwa: "Sie müssen natürlich auch für das Leben der Beitragsmarken zur Angestelltenversicherung mit sorgen", die selbstverständlich von ihren Konsequenzen im Sinne der eingangs erwähnten Bestimmung aufgefaßt werden sind. Um Mißverständnisse zu vermeiden, ist der Gewerkschaftsbund der Angestellten beim Reichsberufsbildungsministerium für eine Ergänzung des einschlägigen § 340 WBG, dahingehend vorstellig geworden, daß für die Übertragung die Schriftform vorgeschrieben und außerdem die Bekanntgabe des Namens des Beauftragten an den Reichsberufserziehungskomitee zu einer zwingenden Voraussetzung für die Reichsberufserziehung gemacht wird. Auch soll den Arbeitgebern eine Bedeutung des Angestellten über die sich aus der Übertragung ergebenden strafrechtlichen Differenz zur Bildung gemacht werden. Unabhängig davon sollten sich die Angestellten Gewissheit darüber verschaffen, ob ihre Beauftragung als eine Pflichtübertragung im Sinne des § 340 WBG aufzufassen ist oder nicht. Selbstverständlich kann ein Angestellter diese Pflichten nur solange übernehmen, als ihm die nötigen Mittel für die Beitragszahlung von der Firma zur Verfügung gestellt werden.

* Die Zulage für Bericht auf den Bezug des Bülbilvergütungsscheins für Bericht auf den Bezug des Bülbilvergütungsscheins für Bericht auf den Bezug des Bülbilvergütungsscheins ruht nach dem Gesetz in den Fällen, in denen das Recht auf den Bezug der Bülbilvergütung aufgehoben ist, also bei einer Verwendung im Reichs- oder sonstigen öffentlichen Dienst. Zur Verwendung von Bülbilvergütungserlösen kann von der Anwendung dieser Vorschriften dann abgesehen werden, wenn ein Bericht des Reichsberufsbildungsministers vorliegt.

beteiligter in einer zweiten und ungestellten Untersuchungshaft verhört wird, die nicht den Verhörgesetzmaßnahmen unterliegt. Die Entscheidung darüber trifft das Reichsgerichtsamt. Entsprechende Anträge sind mit den erforderlichen Unterlagen dem Reichsjustizministerium vorzulegen.

* * * Der Schwerbehinderte im Reichsarbeitsministerium. Bei den Behörden des Geschäftsbereichs des Reichsarbeitsministers sind nach dem Stande vom 1. Januar 1928 36.104 Post. der Beamtenstellen mit Schwerbehinderten belastet. Von rund 8000 Beamtenstellen allein sind 8.58 Beamten, von rund 1800 Angestelltenstellen 20,66 Prozent mit Schwerbehinderten belastet.

* Eine Internationale Tuberkulose-Konferenz. In Rom wird vom 25. bis 27. September 1928 eine Tagung der Internationalen Union gegen die Tuberkulose stattfinden. Für die wissenschaftlichen Vorträge werden aus den von den einzelnen Ländern eingeschickten Vorschlägen folgende Themen ausgewählt: 1. Struktur des Körpers des Tuberkel-Bacillus, 2. Die Diagnose der kindlichen Tuberkulose und 3. Die Organisation der Tuberkulosebekämpfung auf dem Bande.

* Protest gegen die Billigflüge der Sparte. Die am Montag in Dresden demonstrierenden Landwirte unter Führung des Sächsischen Landbundes protestieren gegen die Billigflüge der Sparte. Die Billigflüge wurden aus den von den einzelnen Ländern eingeschickten Vorschlägen folgende Themen ausgewählt: 1. Struktur des Körpers des Tuberkel-Bacillus, 2. Die Diagnose der kindlichen Tuberkulose und 3. Die Organisation der Tuberkulosebekämpfung auf dem Bande.

* Protest gegen die Billigflüge der Sparte. Die am Montag in Dresden demonstrierenden Landwirte unter Führung des Sächsischen Landbundes protestieren gegen die Billigflüge der Sparte. Die Billigflüge wurden aus den von den einzelnen Ländern eingeschickten Vorschlägen folgende Themen ausgewählt: 1. Struktur des Körpers des Tuberkel-Bacillus, 2. Die Diagnose der kindlichen Tuberkulose und 3. Die Organisation der Tuberkulosebekämpfung auf dem Bande.

* Geißgeldblieben auf Wartung! Der Arbeiter Karl Reinhold Fischer, geboren am 22. Dezember 1908 zu Neustadt, wiederholte vor Gericht, wurde vom Görlitzer Richter Riede wegen verschiedener, im Rücksatz verübter Einbruchsbildstöße zu drei Jahren Knasthaus verurteilt, auch geht es auf gleiche Zeiten der Bürgerlichen Ehrenrechte verlustig. Fischer hatte u. a. wiederholt in Kleingärtner die dort befindlichen Geißgeldhäuser erbrochen und darin vorgefundene Hühner abgeschlachtet, und selbige dann zum Abschlag gebracht.

* Bildung einer Elterngenossenschaft. Dem Telunion-Sachverständigen wird aus Berlin berichtet: Der Hauptausschuss des preußischen Landtages nahm am Dienstag den Gesetzentwurf über die Bildung einer Elterngenossenschaft an. Nach dem Entwurf wird im Niedersachsenlandkreis der Schwarzen Elster von der Landesgrenze des Freistaates Sachsen bis zur Mündung in die Elbe eine Genossenschaft mit dem Namen Elterngenossenschaft gegründet. Um wesentlichen Landen die Vorläufe des Entwurfs Annahme. Gegenüber wurde das Verdikt bei der Kostenverteilung. Annahme fand auch ein deutsch-nationaler Entschließungsantrag, der das Staatsministerium erfuhr, mit der Regierung des Freistaates Sachsen Verhandlungen über die Ausdehnung der Tätigkeit der Elterngenossenschaft auf die in Betracht kommenden Niederschlagsgebiete im Freistaat Sachsen abgeschlossen.

* Ein neuer Elbbogen an der Mittelalster. In Brandenburg an der Havel soll ein neuer Elbbogen errichtet werden. Man plant eine lange elektrische Bahn von Potsdam nach Brandenburg an der Havel, um auf diese Weise der Hauptstadt Anschluß an einen Elbaum zu schaffen.

* Strehla. Gestern vormittags gegen 11 Uhr hielt eine berittene Abteilung der Artillerieabteilung Strehla, von Bobrowitz kommend, mit Klingeln und Schreien ihren Einsatz in unsere Stadt. Amt nach Mittag isolierten weitere Mannschaften in Lastwagen, die direkt von Bobrowitz kamen. Auf dem Marktplatz löste sich die Truppe auf und die Soldaten lebten sich in ihre Quartiere. Die Lastkraftwagen sind in der Strehlaer Fabrik untergebracht. Das militärische Schauspiel hatte zahlreiche Bürgervorleute angelockt. Der Schied der Truppe und das vorsätzliche Verdematerial erzeugten allseitige Beachtung.

* Löbau. tödliche Gasvergiftung. Am Montag wurde in einem Hause am Hang eine verheiratete 49 Jahre alte Frau beim Anzünden des Gasofens ohnmächtig. Kurze Zeit später starb und riss dabei den Gasdruck ab. Die Verunfallte wurde durch das ansteckende Gas getötet.

* Freiberg. Ereignisse bei der Bauernkundgebung. Bei der großen Demonstration der Freiberger Landwirte vor dem höchsten Finanzamt kam es zu tumultuarischen Auseinandersetzungen, da die Demonstranten das hintere Tor des Hauptgangs durchbrachen, der von Schülern gesperrt war. Die Polizei mußte gegen die Eindringenden mit Gummidüppeln, Revolvern und Seitengewehren vorgehen. Da blutige Zusammenstöße drohten, mußte das Ueberfallkommando alarmiert werden, das jedoch nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte, da es inzwischen gelungen war, die Menge zu beruhigen. Zum Finanzamt ausmarschierte der Demonstrationszug zum Gebäude der Amtsverwaltung, wo ebenfalls eine Kundgebung veranstaltet wurde.

* Freiberg. Neue Vernichtung Müller-Heims. Das Erweiterungsgericht verhandelte am Montag gegen den Freiberger Landrat aus Freiberg und gegen den wiederholte vorbeikrammten, jetzt in Dresden in Strafhaft stehenden früheren Herausgeber der "Freiberger Heimatzeitung" Georg Müller-Heim. Landrat war bei unkontrollierter Wettbewerbsbedeutung. Vor seinen Namen steht er "D. R.", um den Anteil zu erwecken, er heißt den Dr. Kiel. In Wirklichkeit sollte das "D. R." Deutscher Rechtsreformer heißen. Zu diesem Vorwurf hatte ihn Müller-Heim, der sich Beleidigungsverleger und Kumor beselbstet, angeklagt. Beide wurden zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Freiberg. Großes Aufsehen erregte eine Anklage, die sich gegen einen angeblichen Fleischvermischer in Freiberg richtet. Der Fleischvermischer wird beschuldigt, in den ersten beiden Monaten dieses Jahres ungefähr 50 Zentner Fleisch teils als Frischfleisch verkauft, teils in die Wurst verarbeitet zu haben.

* Dresden. Neues von der Dresdner Opernhausaufstellung. Der Telunion-Sachverständigen erläutert aus New York folgende auch Dresden und das umliegende Sachsen einigermaßen interessierende Tatsache: Im "Musical Circus" vom 23. Februar da. J. steht ein Theater etwa folgenden Inhaltes: "Die Prüfungen für die Wahl von 12 oder 15 Sängern, die sich um die Schulerwahl an der Dresdner Opernhaus-Direktor: Fritz Busch bewerben, wollen sich meistens bei (folgen Namen). Am 6. März findet die erste, am 7. März die Endprüfung in der Staatsschule statt." Unserer Meinung ist das Interat von Marcello Sembrich, Urich Bodansky, Walter Damrosch, Giulio, Seraien und Herbert Diderichsen. Vorausgesetzt, daß die in dem Interat angegebenen Tatsachen richtig sind, erhält man also auf dem Umweg über New York: Die Dresdner Opernhaus-Direktor ist Fritz Busch. Der Verfasser der Anklage hat die Staatsoperatoren hat die Tatsachen anscheinend auch noch nicht gelernt.

* Dresden. Dem Telunion-Sachverständigen wird geschrieben: "Unter der Überschrift 'Ein Unverhältnismäßiges' meldete der Polizeipräsident vom Montag, daß der 19-jährige Erich Hirsch von Dresden, der nach Überprüfung schwerer Diebstähle in den Dresdner Theatern festgenommen worden war, bald nach seiner Vernehmung durch die ihm 20 beteiligte Diebstähle nachgewiesen werden konnten, von der Staatsanwaltschaft wieder entlassen wurde und sofort wieder seine verdrehscheitliche Tätigkeit aufnahm. Es liegt hier ein ähnliches Fall vor, wie der, der sich erst vor

kurzem in Dresden ereignete. Im Oktober d. J. lebte ein abgesetzter Viehhändler seiner früheren Gelehrten noch im Gutshof der Dienstherrenschaft auf, überließ das Mädchen und versuchte es zu entwischen. Das Mädchen war bei dem Ringen mehrfach verletzt worden. Der Mann wurde verhaftet, bald aber von der Staatsanwaltschaft wieder freigelassen, obwohl er den beobachteten Nordangaben widersprach. Sofort nach seiner Freilassung verfolgte er das Mädchen weiter, überließ nach Tod und Blutung, versuchte mehrmals in die Wohnung einzudringen und schrieb schließlich Drohbriefe so schwervergängen Inhalts, daß die Kriminalpolizei zu seiner Wiederverhaftung drängte. Aber wieder wurde er vom Staatsanwalt entlassen mit dem Gedanken, daß er das von ihm verfolgte und bedrohte Mädchen, das sich nicht mehr allein aus dem Hause wagen durfte, samt der die sie begleitenden Freunden mit Schwefelsäure übergespritzt und lebensgefährlich brunn. schwer verletzte. Darauf wurde der Kürschner zum dritten Male verhaftet und behandelte sich jetzt schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und denselben Justizbeamten verübt worden sein sollen."

* Dresden. tödlicher Unfall. Am Montag abend gegen 11 Uhr ereignete sich eine Verkehrs- und Eisenbahntragedie, als ein Wagen der Eisenbahn mit einer Person entgleiste und beladen sich leicht schon wieder zur Bedienung seines Gewerbesstandes in einer Anstalt. Anschließend wird auf diese Weise immer die Verhörfähigkeit der Kriminalpolizei gefordert. Wenn das aber so weiter geht, möchte die Zahl der Kriminalbeamten mindestens verdoppelt werden. Rüttiglich ist es, daß die kaum zu überlegenen Entlassungen der Nebeltäter in den beiden geschilderten Fällen von einer und

Hotel Kronprinz, Riesa.

Donnerstag, 15. März

Freitag, 16. März

Sonnabend, 17. März

Grosse Ausstellung

Wiener und Deutschen Mode-Strickwaren

Badeartikel, erstklassiger seidener Unterwäsche, Strumpfwaren, Leibwäsche usw.

Vom einfachsten billigsten bis zum elegantesten Genre bietet sich Ihnen eine Auswahl, welche Ihnen sicher bisher unbekannt blieb. Allein ca. 300 verschiedene Ausmusterungen von Strickkleidern, Complets usw. der kommenden Saison bieten wir Ihnen zur Auswahl. Was morgen modern ist, finden Sie heute bei uns.

Jede Größe und Weite erhältlich. — Eigene Fabrikation seidener Trikot-Wäsche. Bitte besichtigen Sie ganz zwanglos und ohne jede Verbindlichkeit die in seltener Fülle und Pracht ausgestellten Waren. Morgia, Dresden-A. 1, Vertrieb von Wiener und Deutschen Modestrickwaren. Eigene Fabrikation erstklassig seidener Trikot-Wäsche.

Restaurant
Freitag, 16. März, die beliebteste Unterhaltungsumst. **U**
Humor Neue Kabelle Stimmung verbunden mit Schlachten.

Restaurant Böhme, Riesa-Gröba.
Donnerstag, 15. März, Schlachten. 10 Uhr norm. Welttheater, später frische Wurst, abends Bratwurst mit Kraut. Freudenlich leben ein Rob. Böhme und Frau.

Gasthof Reussen.
Sonnabend, den 17. März letzter öffentlicher

MASKENBALL
mit Träumereien.
Gäste für Männer und Frauen 1. - Platz.
- Einfang 14.7 Uhr.
Freudenlich leben ein die Wursttabelle u. der Wirt.
Wadengarderobe im Gasthof.

Gewerbe-Verein.
Donnerstag, 15. b. 22., abends 6 Uhr bei Göbelnet

BUNTER ABEND.

Die gesuchten Mittelieben und Engagierten nicht geladenen Gäste werden auf diese Veranstaltung nochmals aufmerksam gemacht und um zahlreichen Besuch gebeten. Wir versprechen genügende Stunden.
Der Festausschuss.

1000.- Mk. Belohnung können Sie verdienen,

wenn Sie mir nachweisen, daß mein König mein echter Bienenhonig ist. Versende Schleuderhonig 5 W. netto 9 M. 22.—, Schleuderhonig 9 W. netto 12.—, Gefundener Schleuderhonig 11 M. 11.— frei Ges. 8. Gewerb. Haushalt, Schweizer, Schneeverbindungen 225. Preis. Hannover.

Für die uns anlässlich unserer Verlobung überbrachten Glückwünsche und Gedanken danken, zugl. im Namen der Eltern, herzlichst.

Dolitz, den 14. März 1928.

Hedwig Ulrich
Bruno Boberach.

Geschäftsübergabe.

Euer geachtete Einwohnerschaft von Röderau und Umgebung hierdurch zur Kenntnis, daß ich mein

Bäckerel- und Materialwaren-Geschäft

am heutigen Tage an meinen Sohn Hugo Hoyer übergeben habe. Für das mir erwiesene Wohlwollen und gütige Unterstützung während meiner 30jährigen Berufstätigkeit sage ich meinen herzlichen Dank und bitte, dasselbe auch auf meinen Sohn übertragen zu wollen.

Röderau, den 15. März 1928. Adolf Hoyer, Bäckermeister.

Begegnahmend auf Obiges, bitte ich die werten Kunden, mein junges Unternehmen gütig unterstützen zu wollen. Ich werde bemüht sein, durch Lieferung guter Waren jederzeit meine Kundenschaft in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen.

Bäckermeister.

Röderau, den 15. März 1928. Hugo Hoyer und Frau.



Was man
im Frühjahr und Sommer 1928

trägt — zeigt Ihnen meine beliebte

Modenschau

am Freitag, den 16. März, im Hotel Höpfner

Unter Bernhard Springer's bewährter Leitung
werden vorgeführt:

Aparte Kleider
Entzückende Mäntel
Fesche Kostüme
Kinder- und
Herren-Kleidung

In der Nachmittags-Vorstellung
sehen Sie das ungetümste Abend-Programm
Benutzen Sie bitte den Vorverkauf

Franz Heinze

Kranke verzaget nicht, habt Vertrauen zu mir.

Kommen Sie zu mir und bringen Sie auch noch eine Flasche Ihres Morgenurins mit, welcher in meinem Laboratorium in Zeit chemisch und mikroskopisch untersucht wird.

Augendiagnose, soweit dieselbe wissenschaftlich anerkannt ist.

Ich behandelte seit 30 Jahren mit nachweislich sehr guten Erfolgen alle noch heilbaren Krankheiten mit Biochemie, Naturheilkunde und Homöopathie.

Consultation jetzt am Freitag im Raum 5, norm. von 9-12 und nachm. von 3-4.7 Uhr und dann regelmäßig alle 14 Tage Freitag, auch wenn es nicht in der Zeitung steht.

Paul Bohn, Heilstundiger.



Morgen
Donnerstag
Schweinschinken.
Geselbacht.
Gr. Wk. Gr.

Aepfel

empfiehlt im ganzen und
einzelnen billig

W. Wilhelm, Poppitz

Eine gebr. Butter.

Drehmangel

zu kaufen geöffn. zu

erfahren bei Seifmann

Wiesn, Wiesn, Goethestr.

E. Göbel, Homöopath. Krankenbehändig.

Wiesn, Pappriger Straße 21 a

Sprechstunden: täglich vorm. 9-12 Uhr und nach-

mittags 1-4 Uhr. Urinuntersuchung (Morgen-

urin mitbringen). — Besuch überallhin.

Airchenanmeldungen.

Freitag, den 16. März 1928.

Wiesn, 8 Uhr Wallfahrtswochengottesdienst in der

Eliz.-Kirche über Matth. 27, 45-46 (Schroter).

Ehlerrasse

Zucker
Radeberger Bäckerei
Götzen
in Soprons
und in Rennen.
Rößlich bis
zum leichten Tropfen.

T. Gertrud 680.



Morgen
Donnerstag
Schweinschinken.
Graß Zähne
Dianette.

Geschäftsübernahme.

Meiner verehrten Kundenschaft und einer verehrten Einwohnerschaft von Riesa und Umgegend hiermit zur gefälligen Kenntnis, daß ich am Donnerstag, den 15. März mein Geschäft, die

Fleischerei Parkstraße 23

Herr Kurt Vollpracht übergebe, und bitte, das mir stets entgegengebrachte Vertrauen auch meinem Nachfolger fernherum übertragen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Toni verw. Ahmus.

Indem ich mich auf Oberstaatssekretär beziehe, bitte ich, auch mich in meinen jungen Unternehmungen gütig unterstützen zu wollen. Mein einzige Bestrebungen wird es jederzeit sein, meine verehrte Kundenschaft stets nur mit guter und preiswertester Ware zu bedienen.

Riesa, den 15. März 1928. Kurt Vollpracht und Frau.

Trauerdrucksachen liefern schnellstens Langer & Winterlich, Riesa

Seifen

Seifenfeilen, ausgewählte Ware
Schmierseife, 5, 12½, 25-Bündelmer
Seifenfeilen, die beliebtesten Sorten
Geflechtsseife, Schneewittch. und viele andere
Meine gewohnte Seife, Berlin, Our, Suma
Seifenholde, Stannenwert wachslösig
Städte: Riesa, Weissen, Wais, Glanz-Stärke

F. W. Thomas & Sohn
Gästefr., neben Bäcker Bant. — Nebattmarken.

Passender Beruf für Frauen und Töchter.

Größe Spezialfabrik in feiner Damenv. und Städtereien wählt in allen Städten Verkaufsstellen zu errichten und sucht tüchtige und angelebte Personen mit netter Wohnung an guter Geschäfts-lage, um den Verkauf gegen hohe Provision zu befördern. — Preise und Qualität der Ware sind von feiner Konfurrenz erreichbar, daher gute Verkäufe in allen Damenv. jeden Standes garantiert. In vielen Städten und Städten bereits mit großem und dauerndem Erfolg durchgeführt. Für Bewerberinnen mit guten Referenzen sehr angenehm und lohnende Bedingung. Anmelde. unter Görlitz K. 1922 an Rudolf Wosse, Stuttgart.

Damenhüte

für den Übergang
in Riesen-Auswahl
zu billigsten Preisen bei

Pflugk & Kaiser

Wettinerstr. 21, jetzt: Hauptstr. 88
im Hofe — kein Laden.

E. Göbel, Homöopath. Krankenbehändig.

Wiesn, Pappriger Straße 21 a

Sprechstunden: täglich vorm. 9-12 Uhr und nach-mittags 1-4 Uhr. Urinuntersuchung (Morgen-

urin mitbringen). — Besuch überallhin.

Airchenanmeldungen.

Freitag, den 16. März 1928.

Wiesn, 8 Uhr Wallfahrtswochengottesdienst in der

Eliz.-Kirche über Matth. 27, 45-46 (Schroter).

Die Beratungen der Landesfinanzde.

Abg. Dresden. Die Landesfinanzde nahm am Dienstag in zweiter Sitzung das Kirchengefecht zur Gedenkfeier des Kirchenverbands und das Kirchengefecht über die kirchlichen Bezirksteuerverbände an. Ein Antrag Vering erfuhr das Landestagskonsistorium, junge Geistliche möglichst in Landgemeinden anzustellen.

Es wurde in die erste Beratung des Haushaltsschusses der Landeskirche für 1928 eingetragen. Bei den allgemeinen Beratungen wurde die ernste Finanzlage der Kirche betont. Die Einnahmen sind 6 911 976 RM. aus Landeskirchensteuern, aus Staatsmitteln 494 000 M. für ehemalige Gebühren und 850 000 M. für geistliche Beisetzungen einzogen worden. Diese Summe bildet den schwierigsten Punkt bei den Verhandlungen mit dem Staat, da sie eigentlich auf 8 Millionen Mark aufgewertet werden müsste, der Staat aber jede Aufwertung ablehnt. Der Staatsgerichtshof hat zwar entschieden, dass eine Aufwertung zu erfolgen habe, über deren Höhe müssten sich Staat und Kirche aber zunächst lebhaft einigen. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren in einer Summe von 7 757 176 M. Da sich ein noch vorhandender Betriebsmittelstock jährlich um ca. 800 000 Mark vermindert, ist die Landeskirche darauf angewiesen, so sparsam wie möglich zu wirtschaften und ihre Ausgaben weiter einzuschränken.

In erster Lesung wurde noch das Kirchengefecht über die Stellungnahme der Geistlichen und über die Verwaltung elektrischer Leitungen neu genommen.

Nächste Sitzung heute Mittwoch: Weiterberatung des Haushaltplanes.

Aus den Landtagsausschüssen.

Wl. Dresden. Der Haushaltsausschuss A des Landtages begann gestern mit der Beratung des Haushaltshaushaltsschusses für 1928 und zwar mit dem Entwurf des Ministeriums für Volksschule, worüber Abg. Voigt (Dvp.) Bericht erhielt. An der Aussprache beteiligten sich die Abg. Weigel (Soz.) und Dr. Bläuer (Dvp.). In der Abstimmung wurden Anträge auf höhere Mittel für die Volksschulen abgelehnt, ein solcher für die Betriebsmittelschulen angenommen. Ein Antrag Voigt (Dvp.) Mahnungen ins Auge zu fassen um die Pflege und Förderung volkstümlicher Kunst mehr als bisher zu ermöglichen, fand Annahme. Die Linken stimmten gegen das Ministergefecht. Um übrigen wurden die Einstellungen nach der Vorlage genehmigt.

Bei Kapitel 68, Staatsleistungen für die evangelisch-lutherische Landeskirche, entspiegt sich eine längere Ausprache über die finanzielle Zusammenarbeit mit der Kirche. Ein Regierungsvorsteher erklärte, dass Verhandlungen mit dem Landeskonsistorium im Gange seien, die Schritte zum Schritt vorwärts gingen. Die Regierung könne jedenfalls aufzeigen, dass von ihr aus die Verhandlungen fortwährend gefördert werden. Eine Statistik über die Kirchenaustrittsbewegung werde dem Landtag demnächst angehen. Die Staatsleistungen würden darauf genehmigt, ebenso diejenigen bei Kapitel 68, katholisch-kirchliche Gedanken, Kapitel 72, Anstalten für Landstumme usw., sowie Kapitel 50, 51 und 52.

Im Haushaltsausschuss B wurde die Regierungsvorlage über die Umwandlung der Höhnbahn in Normalspur und Verlängerung bis Görlitz nach eingehender Ausprache einstimmig angenommen. Die Regierung wird ermächtigt, die Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen. Neben die Weiterführung von Görlitz nach Weinböhla-Meissen gab die Regierung eingehende Darlegungen.

Im Haushaltsausschuss wurden die Anträge betr. Wiederherstellung des Reichsreisens bis nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs vertagt. Die Regierungsvorlage über Abänderung von Unfallversicherung für die Land- und Forstwirtschaft wurde angenommen.

Ein Antrag über Aushebung der GuV-Beziehungen und Dresden-Albertstadt wurde zunächst vertagt.

Sächsisches Wetter.

Wl. Dresden. In einem Leitartikel unter der Überschrift "Sächsisches Wetter" wendet sich die Sächsische Staatszeitung gegen eine Reihe von Angriffen, die namentlich in der außersächsischen Presse gegen die sächsische Regierung und Regierungskoalition ähnlich der Auslandskritik über den Staat gerichtet worden sind.

Mit bemerkenswerter Schärfe schreibt das Blatt u. a.: Wenn Ministerpräsident Heldt betont, dass er sich verpflichtet fühle, jeder Reichsregierung — wie immer sie auch geführt werde, ob von Sozialdemokraten oder Deutschen Nationalen — in sachlicher Weise zu begegnen und ihm die an sich schwierige Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern, dann liegt in dieser Einstellung eine gewisse Staatspolitische Raffinesse, dass man nur wünschen kann, sie möchte Allgemeinheit unserer Reichspolitik werden. Diese Verbündeten zum Reichsgatten, dieses Müllersprinzip wird sich auch auswirken, wenn Herr Braun an Stelle des Herrn Marx demnächst die Geschäfte des Reiches übernehmen wird. Denn das Herr Braun der kommende Mann darauf soll, ist ja wohl die Absicht all der Parteien, die nach der Wahl die neue Reichsregierung bilden wollen.

Wie sehr man den Dualismus zwischen Reich und Preußen immer mehr empfindet, geht auch daraus hervor, dass nach Jahr ernst zu nehmenden Verlautbarungen im kommenden Reichstage zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Ministerpräsidenten des Reiches eine Verlautbarung in dem bereits genannten Herrn Braun verbeigeführt werden soll. Wie könnten eine solche im Interesse des Reiches nur begründen, wenngleich wir uns bewusst sind, in welche Nachposition Preußen beim auch das Reich dadurch gegenüber den übrigen Gliedstaaten gerät.

Der Abgeordnete Arzt schied aus der sächsischen Politik aus.

Abg. Dresden. Die "Dresdner Volkszeitung" berichtet in ihrer geistigen Nummer über die Jahresversammlung des sozialdemokratischen Bezirkverbandes Ostdeutschland und teilt mit, dass der Landtagsabgeordnete Arthur Arzt als Bezirksvorsteher und damit auch als Landesvorsteher der sächsischen Partei der SPD. nicht wieder gewählt worden ist.

Die "Sächsische Staatszeitung" bemerkt dazu: "Das ist nach der Volkszählung auf eigenen Wunsch des Herrn Arzt geschehen. Gleichzeitig bat die Landesversammlung Herrn Arthur Arzt als Reichstagkandidaten aufgestellt an einer Stelle, an der er keine Aussicht hat, unbedingt gewählt zu werden. Dass Arzt hat die Reihe nach die Stelle des bestzeitigen Reichstagabgeordneten Dr. Siegemann eingenommen. Daraus geht unweichlich hervor, dass Herr Arzt nicht nur aus der sächsischen Organisationsleitung der SPD. sondern auch aus der sächsischen Landespolitik schlechthin ausscheidet. Neben die Gründe, die dem Siegemannschaft bekannt sind, braucht hier nicht mehr gesprochen zu werden."

Die Phoebus-Debatte im Haushaltss-Ausschuss.

Schluss.

Abg. Berlin-Lichtenberg (Dvp.) verurteilte gleichfalls diese "unverantwortlichen Vorkommnisse" und bezeichnet es als unverhältnismäßig, dass derartige Geschäfte solange Zeit gemacht werden könnten, ohne dass die an höchster Stelle verantwortlichen Instanzen davon Kenntnis erhielten. Solche Missflügelung der Abgeordneten liege im Interesse der Marine. Der Krieg gäbe etwas durchzuhaben. Lohmann habe sich auf manche Sachen eingelassen, um zu versuchen, begangene Fehler wieder gut zu machen, und sei dabei in die Hände von Beratern gelangt, die sich selbst bereichert.

Abg. Güldner (Komm.) verlangte, dass der Reichswehrminister sich nun endlich zu den Neuerungen der Debatte redner erkläre, und behauptete, dass die Angaben des Abg. Schaeffer nicht aus einer Höflichkeitserklärung kamen, sondern richtig seien.

Abg. Müller-Braun (Cosp.) verlangte zu wissen, wieviel Mittel und was im Bericht erwähnten Sonderfonds genommen worden sind, und ob auch bei anderen Ministerien ähnliche Sonderfonds vorhanden seien. Wichtig sei auch die Frage, ob neben Lohmann noch andere Schulden vorhan- den sind. Die Beteiligung an der Phoebus-Gesellschaft reiche bis 1929 zurück, wo Generaldirektor Bruno Reichsgraf war. Die Seetransportabteilung müsse nun sofort aufgelöst werden. Da der Haushaltshaushalt nicht alle Einzelheiten klären könne, sollte man das Material einem Unterausschuss überweisen, dem volle Missflügelung zu geben sei, wenn man Vertrauen für die Marine erzielen wolle.

Abg. Reicht (Bayer.-Sp.) wünschte eine Mitteilung darüber, wieviel zur vollständigen Liquidierung der Lohmannschen Unternehmungen noch erforderlich sein werde, wie hochferner die Regressansprüche seien und in welchem Umfang und gegen wen sie geltend gemacht werden können. Wenn eine Privatperson mit fremden Geldern so gewirtschaftet hätte wie Lohmann mit amtlichen, würde ganz anders gegen sie vorgegangen sein.

Abg. Treitschke (Dnat.) pflichtete dem Sozialdemokraten Heindl in der Auffassung bei, dass weder laufend noch real mit den Mitteln des Reiches vorstrebte verschwendet werden sei. Er hätte gewünscht, dass der frühere Reichsfinanzminister Reinhold sein Ministerium von der Bürgschaftsübernahme in Kenntnis gebracht und überhaupt diese Gelegenheit benutzt hätte, die ganze Sache klarzustellen. Dafür müsse noch geprüft werden, welche Persönlichkeiten insgesamt beteiligt waren und welche finanziellen Zuwendungen ihnen zuflossen.

Abg. Dr. Bredt (W. Ugg.) bezeichnete es als kein Unglück, wenn der erste Bericht Saemisch über die Vergangenheit nicht vorgelegt werde. Es handle sich heute ja im wesentlichen um die Liquidierung eines verlorenen Unternehmens, und die Hauptfalte sei, dass für die Zukunft die Wiederholung solcher Dinge verhindert werde. Dann nahm

Reichswehrminister Dr. Groener

dies Wort, um u. a. auszuführen: Es ist für mich nicht leicht, eine Angelegenheit hier zu vertreten, die eben einfach nicht zu vertreten ist. Ich geschehe freimüdig, doch ich ries mal damit einverstanden gewesen wäre, in jener Zeit, wo diese Dinge entstanden sind, auf eine solche Art und Weise unechte finanzielle Mittel für Zwecke auszugeben, die nicht absolut klar und einwandfrei lagen. Die Vereinigung dieser Sache ist eine sehr langwierige Arbeit und mit einer rücksichtslosen Aufzehrung aller Dinge verbunden. Es ist traurig worden, dass der Bericht keine Unterschrift trägt. Meine Unterschrift steht unter dem Beileg schreiben an den Haushalt-Ausschuss und damit übernehme ich die Verantwortung für den Bericht. Wir könnten in dem Bericht selbstverständlich nicht auf alle in der Debatte erwähnten

Der Ergänzungsetat für 1928.

X Berlin. Dem Reichsrat ist jetzt der Entwurf einer Ergänzung zum Haushaltshaushalt für 1928 vorgelegt.

Der Entwurf enthält in erster Linie das Notprogramm der Reichsreparatur und außerdem die Auswirkungen der Besoldungsordnung auf den Stellenplan.

Für die Landwirtschaft sind im ganzen 64 Millionen vorgesehen, und zwar zur Beobachtung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände 30 Millionen, zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens 25 Millionen, zur Organisation des Abtriebes von Schlachtwieh und Fleisch 8 Millionen und zur Förderung der Gesellsgesellschaft eine Million.

Das Sozialprogramm erfordert eine Gesamtsumme von 108 Millionen. Davon entfallen auf die Invalidenrenten 75 Millionen, auf die Kleinrenten 25 Millionen und auf die Werkpensionäre 3 Millionen.

Für das Invaliditätschäden-Schlachtwieh sind 7,5 Millionen eingesetzt. Dies durch die Maßnahmen erforderliche Gesamtaufwendung beträgt 174,5 Millionen. Dazu kommt die des Reichs an einer Kapitalerhöhung der Deutschen Bau- und Bodenbank in Höhe von 10 Millionen.

Die Deckung dieser Ausgaben soll erfolgen durch Mehreinnahmen bei den Zöllen (150 Millionen) und bei der Tabaksteuer (20 Millionen) und durch eine Reihe von Einsparungen.

Eine Vermehrung des Personalienetats ist nicht vorgesehen.

Die Fristen des Freigabebeschlusses.

Deutsche Antragsfrist ein Jahr.

X Berlin. Nach dem amerikanischen Freigabevertrag, das der Präsident der Vereinigten Staaten jedoch genehmigt hat, erhalten die deutschen Berechtigten vorerst nur 80 Prozent ihres Eigentums, während die restlichen 20 Prozent zusammen mit anderen, für diese Zwecke verfügbaren Beiträgen zur Deckung der von der dagegen eingesetzten Kommission anerkannten amerikanischen Schadensauslastforderungen verwandt werden, um später aus den einliegenden Reparationszahlungen erstattet zu werden. Da die Einbeziehung des 20 Prozent der Freigabe erst ermöglicht wird, wie die Amerikaner Tukodan in Washington den deutschen Freigabeberechtigten die Abgabe der Erklärung verlangt, dass sie mit der vorläufigen Anrechnung der 20 Prozent einverstanden seien. Diese Erklärung ist zweckmäßig dem Antrage auf Freigabe beizufügen.

Hat der deutsche Berechtigte bereits in Amerika einen Vertreter, so wird auch dieser Vertreter die Erklärung des Einigungsvertrages für seinen Klienten abgeben können, falls er von diesem Klienten eine Vollmacht vorlegen kann, die ihn zur rechtswirksamen Abgabe der Erklärung ermächtigt.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes sind Anträge auf Freigabe innerhalb eines Jahres zu stellen. Wird diese

Dinge eingehen. Ich bin aber gern bereit, in einem Unterausschuss die Einzelheiten und diejenigen Fragen zu behandeln, die zweckmäßig nicht in einem gehöriger Kreise behandelt werden. Das habe nicht an, zu erklären, dass das Reichsbaubehörde und die Haushaltssordnung in einer unverantwortlichen Weise verletzt worden sind und kann es auch nicht billigen, dass ein Vorgesetzter einem Untergenannten weigert, eine entsprechende Vollmacht zu geben. Ich verlange von jedem Untergenannten, dass er mir über alle Vorgänge klarer erkläre und ich dadurch in die Lage verletzt werde, ihm die Verantwortung abzunehmen. Ich gebe zu, dass die Schuld nicht allein an Kapitän Lohmann liegt. Ich bedaure, dass Lohmann selbst nicht das Gefühl hatte, zu fordern, dass neben ihm eine Kontrollperson gesetzt werde, die beweisen könnte, dass er eine reine Seele hätte. All das sind Erkenntnisse, die in der Vergangenheit liegen und in Zukunft nicht wieder vorkommen können.

Ich übernehme die volle Verantw., dass derartige Strafen nicht mehr entstehen, und das Verhältnis, wie sie sich im Laufe dieser Transaktion gegen die Haushaltssordnung und gegen den gefundenen Menschenverstand gezeigt haben, nicht wieder vorkommen. Ich räume ein, jedes derartige System und Recht solcher Systeme, die irgendwo in der Wehrmacht noch liegen sollten, respekt aus. Was aber hier verbreitet worden ist, darf nicht der Marine und ihrer Leitung als Vorwurf und beobachtet nicht der gesamten Wehrmacht zur Last gelegt werden. Wehrmacht und Marineleitung haben den bringenden Wunsch, aus all solchen untragbaren Dingen herauszufinden und nicht wieder auf eine solche Weise bestellt zu werden. Ich würde es begrüßen, wenn die Planung der ganzen Sache beim Finanzministerium stattfinden würde, damit der weitere Liquidation — sie ist glücklicherweise schon ziemlich weit fortgeschritten — nicht gegen laufmännische Schwierigkeiten verstochen wird.

Besonders am Herzen liegt mir der Wunsch, den Herr Müller-Braun zum Ausdruck brachte: Wir wünschen alle miteinander — und ich nehme an, das wünscht auch das ganze Deutsche Volk — dass die allgemeine Glaubwürdigkeit nicht nur für die Marine, sondern auch für die ganze Wehrmacht und das Reichswehrministerium überall und rücksichtslos herrsche. Ich möchte mich auf diese Worte beschränken. Weitere Auskunft wird dem Unterausschuss gegeben werden.

Nachdem noch Regierungskreis Dr. Ewald erklärte hatte, dass die drei Abgeordneten der SPD bisher noch keine substantiellen Anträge über ihre Belastigungen gemacht hatten, wurde, wie bereits mitgeteilt, der Bericht auf Beurteilung des Materials an einen Unterausschuss gesetzt.

Der Phoebus-Ausschuss.

X Berlin. Der am weitern Abend der Phoebus-Sitzung eingeladene 15gliedrige Unterausschuss besteht aus je drei Deutschnationalen und Sozialdemokraten, aus je zwei Abgeordneten des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten und aus je einem Abgeordneten der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. Die Demokraten haben den Abg. von Michelsen als Mitglied des Unterausschusses bestimmt, die Sozialdemokraten die Abg. Müller-Braun, Heinig und Dr. Hilsdorf, das Zentrum von Gericke und Cetina.

Der Unterausschuss wird heute schon mit seinen Arbeiten beginnen und soll noch in dieser Woche fertig werden, damit er Anfang nächster Woche dem Hauptausschuss über die Ergebnisse seiner Tätigkeit berichten kann und damit sich noch in der nächsten Woche das Blatt des Reichstaats mit dem Phoebus-Skandal beschäftigen kann.

Frust versucht, so werden die Vermögensobjekte als Eigentum der devolitiven Regierung behandelt und zur Bevölkerung der amerikanischen Forderungen gegen Deutschland verwendet werden.

Diese Frust dürfte auch für die Vorlegung der Einigungserklärung gelten, und zwar dergestalt, dass Anträge, denen die Einigungserklärung nicht beigelegt, vor der Berücksichtigung bis auf weiteres zurückgestellt und schließlich als nicht rechtzeitig eingezogen angesehen werden, wenn die Einigungserklärung nicht innerhalb der in die Stellung des Freiabeantrages vorgelegten Frist von einem Jahr noch nachgereicht wird.

Neuer Antrag der Reichsbahn auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens.

X Berlin. Zur Vermeidung einer Gefährdung des Arbeitsfriedens batte die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft den Reichswehrminister um die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens in ihrem Vorherrschaft mit den Tarifgewerkschaften erlaubt, weil die Reichsbahn-Gesellschaft den lehrtreibenden Forderungen der Gewerkschaften gegenüber eine ablehnende Stellung einnahm. Auf Anregung des Reichswehrministers ist gestern nochmal mit den Gewerkschaften über deren Forderungen verhandelt worden. Da beide Seiten von ihrem früheren Standpunkt trotz zähender Erörterung aller Gesichtspunkte nicht abgewichen, kam eine Verständigung nicht zustande. Die Deutsche Reichsbahn hat deshalb ihren Antrag auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens wiederholt.

Vorhabenverhandlungen bei der Reichsbahn.

X Berlin. Am 19. März beginnen die Vorhabenverhandlungen bei der Reichsbahn, und zwar handelt es sich um die Regelung der Lohnverhältnisse für rund 71 000 Arbeiter, für die das Tarifabkommen am 31. März abläuft. Die Gewerkschaften verlangen hinsichtlich der Lohnregelung eine durchgreifende Erhöhung und Angleichung der Säge an den Friedensreallohn, ferner hinsichtlich der Arbeitszeit die Einführung einer 48stündigen Arbeitswoche.

Der Sitz des Generalsekretariats der Gewerkschafts-Internationale.

X Paris. Beuple berichtet, dass bei den Verhandlungen des Nationalrates des Allgemeinen Arbeitersverbands G. S. I. die gestern in Paris begonnenen haben, die Frage des Sitzes des Generalsekretariats der Gewerkschafts-Internationale angeschnitten wurde. Mit einer Stimme Mehrheit wurde Berlin bestimmt. Aber die deutschen Delegierten erklärten, diese Wahl nicht annehmen zu können, da zahlreiche Vertreter der nationalen Zentralen für mangels eines Mandates bei der Abstimmung der Stimme enthalten hätten. Es wurde daher beschlossen, die endgültige Festlegung des Sitzes auf die im Juli in Amsterdam stattfindende Zusammenkunft zu verzögern.

Politische Tagesübersicht.

Ein Schreiben Dr. von Preysers zum Hitlerputz. Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss über die mit dem Hitlerputz zusammenhängenden politischen Vorgänge im Jahre 1923 verfasst der Vorsitzende ein Schreiben des bayerischen Gesandten Dr. von Preyer in Berlin. In diesem Schreiben stellt Gesandter von Preyer auf seinen Dienstnid fest, daß er im Jahre 1923 weder im Auftrage der bayerischen Regierung noch ohne Auftrag im Sinne der Errichtung eines Direktoriums in Berlin tätig gewesen sei.

Ein neuer polnischer Spionageleiter in Danzig. Stelle des in Danzig mittlerweile gewordenen Hauptmann Hirkenmeyer ist nunmehr der polnische Hauptmann Andon aus Katowitz zum Leiter der Nachrichtenabteilung bei der Militärabteilung des polnischen Generalkommisariats in Danzig ernannt worden. Hirkenmeyer ist bekanntlich vor einiger Zeit von Danzig nach Warschau versetzt worden, weil er als Auftraggeber bei dem versuchten Attentatsversuch im deutschen Generalkonsulat in Danzig entlarvt worden war.

war. **Einspruch** gegen die polnischen Senatswahlen. Der Vorstand der polnischen Sozialisten für Oberösterreich hat beschlossen, gegen die Senatswahlen in allen drei Bezirken der Woiwodschaft Schlesien Einspruch zu erheben, da die Wahl nicht ordnungsgemäß nach den Wahlbestimmungen durchgeführt worden seien. Dies ist der dritte Einspruch gegen die polnischen Wahlen, da, wie berichtet, auch die deutsche Wahlgemeinschaft gegen die Senatswahlen Einspruch erheben wird und die Korfantin-Partei gegen die Gemeindewahlen Einspruch erhoben hat. Die Einsprüche werden mit den von der „Moralischen Wiedergeburt“ verübten Terror begründet.

Der deutsch-norwesche Schiedsgericht vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof.

X. Ha a. Der Ständige Internationale Gerichtshof
begegnen gestern mit der öffentlichen Verhandlung über den
stolzen Deutschen und Polen wegen der deutschen
Minderheitensiedlungen in Oberschlesien entstandenen
Streitfall. Die Zusammenkunft des Gerichtshofs für
diesen Streitverfahren ist wie folgt: Präsident Mulsanti
(Italien), Vizepräsident Weiz (Frankreich), Beißiger Huber
(Schweiz), Pöder (Ostland), Noblom (Dänemark), Altamira
(Spanien), Romanowitsch (Rugoslawien), Reichmann (Nor-
wegen), Teodoresco (Rumänien), Wang Chung Hui (China),
besondere Richter ad hoc: Professor Schüding-Deutschland
und Prof. Rostworowski-Polen.

Nach der Vereidigung der beiden nationalen Richter Deutschlands und Polens erhält der Sachverwalter der deutschen Regierung, Regierungspräsident von Marienwerder Dr. Budding, das Wort zur Darstellung des deutschen Standpunktes. Er führt in der Hauptsache aus, daß die polnischen Schulbehörden nicht das Recht hätten, eine Untersuchung nach der Berechtigung der Gründe einzuleiten, die von den Eltern oder den ihre Stelle einnehmenden Aufsichtsvereinen zum Zwecke der Aufnahme der von ihnen befürworteten Kinder in einer deutschen Minderheitsschule geltend gemacht würden. Die deutsch-polnische Konvention von Genf bestimme ausdrücklich, daß die Angaben, daß jemand der Sprache der Klasse oder der Religion nach zu einer Minderheit gehöre, und daß er darum für seine Kinder Unterricht in einer Minderheitsschule verlange, von den Schulbehörden nicht nachgeprüft oder bestritten werden dürfen.

Bei der am Nachmittag fortgeleiteten öffentlichen Verhandlung des deutsch-polnischen Streitfalles wegen der deutschen Minderheitenschulen in Ost-Oberschlesien bezog sich der Vertreter der deutschen Regierung, Regierungsrat Dr. Budding, die von polnischer Seite erhobene Einrede der Unzuständigkeit des Hanger Gerichtshofs, als gänzlich unbegründet und auch als fristwidrig, da sie zu spät vorgetragen worden sei. Auch der Einwand, daß die ganze Angelegenheit bereits durch die Entscheidung des Völkerbundsrats vom 12. März 1928 endgültig entschieden worden sei, sei abwegig und unbegründet, da diese Entscheidung nur einen vorläufigen Charakter habe und sich nur auf die schulpflichtigen Kinder des Schuljahres 1926/27 bezogen habe. Die Genfer Konvention habe als Grundprinzip aufgestellt, daß es jedem Staatsbürger in Polnisch Oberschlesien vollkommen freistehen müsse, nach seiner Wahl keinen modernen deutschen oder polnischen Unterricht angediehen zu lassen, ganz gleichgültig, ob die Kinder selbst deutsch sprächen oder nicht. Zum Schluß sprach Dr. Budding die Hoffnung aus, daß der in Ost-Oberschlesien auf dem Gebiete der Minderheitenschulen herrschenden behördlichen Willkür baldig ein Ende bereitet werden möge.

Um Sonntag wird der Vertreter der polnischen Regierung sein Gegenplaidoyer halten.

Die Frage der weiblichen Polizei in Genf.

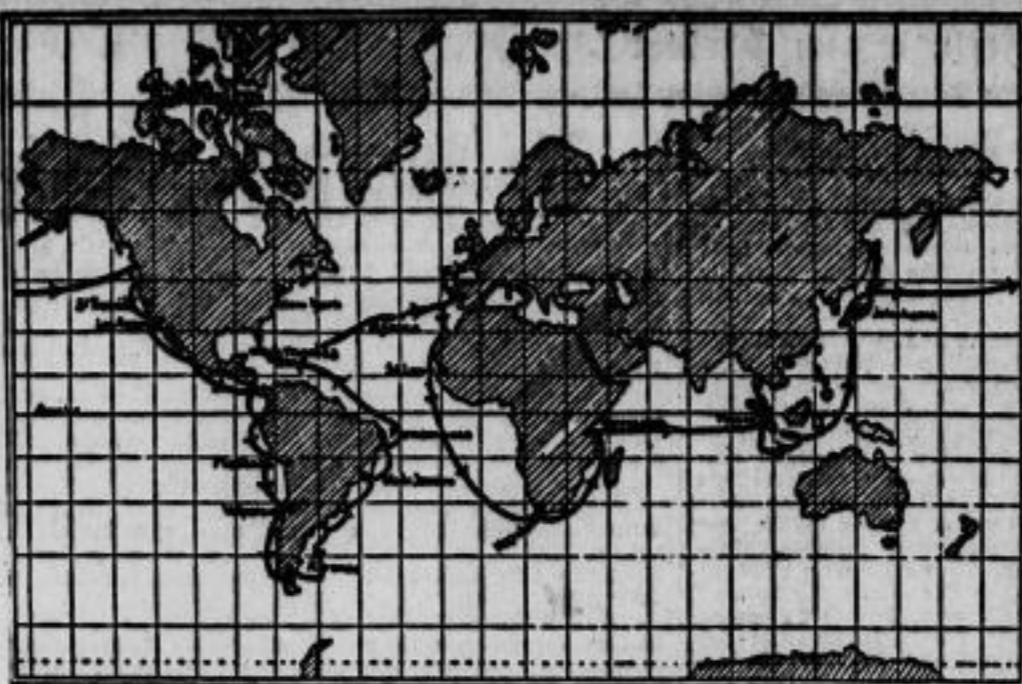
X Genf. Im Völkerbundesausschuss zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels machte die deutsche Delegierte, Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, gestern vormittag Mitteilungen über die Einführung der weiblichen Polizei in Deutschland, die von den Ausschusstagsmitgliedern, besonders von englischer Seite, mit lebhaftem Interesse entgegengenommen wurden. Der Ausschuss wird im Verlauf seiner Tagung noch darüber befinden, ob die Erfahrungen, die mit der weiblichen Polizei bereits in einigen Ländern gesammelt wurden, zum Gegenstand einer Aussprache auf der nächsten Tagung gemacht werden sollen. Frau Bäumer dankte Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer für eine in London gefasste Entschließung des Internationalen Komitees zur Bekämpfung des Kindergartenhandels, mit der allen Regierungen ohne Unterschied die Aufhebung der öffentlichen Häuser empfohlen worden war. Zu Verfolg dieser Entschließung liehen die französischen Militärbehörden im besetzten Gebiet der deutschen Regierung erklären, daß sie diese Frage als eine ausschließliche Angelegenheit der deutschen Regierungsegebung betrachten, sodass mit der gesetzlichen Aufhebung der öffentlichen Häuser in Deutschland diese auch im besetzten Gebiet aufgehoben werden.

Ein internationales Kriegerdenkmal in Genua

X Genf. Der Internationale Verband ehemaliger Kriegsteilnehmer hat die Initiative zur Errichtung eines großen internationalen Denkmals in Genf ergriffen, das unter Berücksichtigung der von allen Völkern im Kriege gebrachten furchtbaren Opfer zur Völkerverständigung mahnen soll. Die Kosten für die Errichtung sollen durch internationale Sammlungen aufgebracht und die Pläne durch einen internationalen Künstlerwettbewerb gewonnen werden.

Die Türkei nimmt die Einladung zur Tagung
des Währungsraates an.

X Gen L Auf die vom Völkerbundsrat an die tückliche Regierung gerichtete Einladung zur Teilnahme an der am Donnerstag beginnenden fünften Tagung des vorbereitenden Völkerbundsausschusses hat das tückliche Minister des Innern



Rückkehr des Kreuzers „Grafen“.

Heute feiert der Kreuzer „Grafen“ von seiner Weltreise in den Heimatbalden Wilhelmshaven zurück. Unter Bild zeigt die Stelleroute des „Grafen“.

Gerichtszaal.

Grimme Folgen eines mißlungenen Eingriffs. In geheimer Sitzung verhandelte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden unter Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. Raug gegen die in der Mitte der dreißiger Jahre lebende, aus Mühlberg gebürtige Naturheilkundigenobfrau Ada Martha Bertha Kürda wegen eines Vergehens nach § 218 StGB. in Verbindung mit fahrlässiger Tötung. Die Angeklagte, der Rechtsanwalt Dr. Pittrich als Verteidiger zur Seite stand, hatte im Frühjahr 1927 bei einer Kontoristin Kirchner einen Eingriff vorgenommen, der kurz darauf am 21. März zum Tode geführt. Mit angeklagt waren ein 28 Jahre alter Kellner Horkl Karl Raabe und ein 1905 an Zetzsgrün-Wolfsmarzdorf geborener Markthelfer Johannes Max Uhlig, die wegen Beihilfe zum Vergehen nach § 218 StGB. zu je einem Monat Gefängnis verurteilt wurden, aber eine Bewährungsfrist ausgebilligt erhielten. Frau Kürda, die ihre Schuld bestritt, wurde im Sinne der erhobenen Anklage zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Jubilierung einer Bewährungsfrist für einen Teil der erlaunten Strafe soll später eine Entschließung gefaßt werden.

Der Landesverratsprozeß Salomon-Rüter.

* Leipzig. (TeL) Im Landesverratsprozeß Salomon-Küster ist gestern abend die Beweisausnahme geschlossen worden.

Um Verlauf der Verhandlung fragte der Reichsanwalt den Angeklagten Salomon, ob die Angeklagten, entsprechend der Aufforderung des Reichswehrministers Dr. Gehler, im Reichstag Beschwerden über Fälle von Unforechtheiten bei der Reichswehr vorgebracht hätten. Salomon erklärte darauf, daß auf die vorgebrachten Beschwerden die Mitteilung eingegangen sei, die Angaben entsprächen nicht den Tatsachen. Dieser Misserfolg und andere Vorkommnisse hätten ihnen alles Vertrauen zum Reichswehrminister genommen. Schließlich äußerte sich auch der Angeklagte Küster, der noch lebt, daß Gehler alles abgeleugnet habe. Keine Partei im Reichstag habe sich gegen die Schwarze Reichswehr gewandt, weil mit dem Beschluß der Aufnahme des Kuhrkampfes von allen Parteien ja auch die Auffstellung der Schwarzen Reichswehr beschlossen worden sei. Professor Quidde erklärte, daß Vertreter der Pazifisten zu Dr. Gehler sei gering gewesen. Er verstehe wohl, wenn die Angeklagten glaubten, daß Ihnen nichts anderes übrig bleibe, als mit ihrem Wissen in die Daseinsfähigkeit zu treten. Major Ott vom Reichswehrministerium stellte darauf als Zeuge verschiedene Fälle fest, in denen die Interalliierte Kontrollkommission Kenntnis von angeblichem oder wirklichem Vorhandensein von Kassellagern in Deutschland aus Mitteilungen in der deutschen Presse bekommen habe. Im Martin habe er als Quelle solcher Nachrichten wiederholt die „Menschen“ und „Das andere Deutschland“ gittert gesehen. Auch für die Entscheidung über die Richträumung Kölns habe die Heitfreiwiligenfrage eine große Rolle gespielt. Beschwerden über Unforechtheiten seien im Reichswehrministerium stets genau untersucht worden. Der von Salomon in dem unter Anklage stehende Artikel behauptete Austausch von Reichswehrangehörigen, unter Einbehaltung ihrer Papiere, sei unwahr. Uebrigens habe auf diese Behauptung auch im Ausland niemand Bezug genommen. Der Interalliierten Kontrollkommission sei bei der Generalinspektion im Reichswehrministerium auf Anfrage erwidert worden, daß man Heitfreiwillige eingestellt habe, um dem Zweck, die Kasernen der Truppenteile zu bewachen, die im Außstandsgediet abgegangen seien. Es handele sich um den Außstand an Rhein und Ruhr. Diese Heitfreiwilligen seien nur notwendig ausgebildet und würden nach Rückkehr der Truppen gemäß der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes entlassen werden.

Damit schloß die Beweisaufnahme. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Heute Mittwoch vormittag um 9 Uhr beginnen die Plädoyers.

Urteil im Lemberger Wörts- und Spionages- prozeß.

Wazlaw. Der seit dem 25. Januar verhandelte große, aufsehenerregende Prozeß vor dem Lemberger Schwurgericht gegen die Mitglieder der ukrainischen terroristischen kommunistischen Geheimorganisation, denen die Unfaßbarkeit die Ermordung des Lemberger Schulbesitzers Sobinski sowie Vandalismus und Spionage vormwärts wurde gestern abgeschlossen. Die Geschworenen erkannten die beiden Hauptangeklagten Walyl Stananowak und Iwan Werbici als schuldig des Mordes sowie der Spionage und des Vandalismus, worauf das Tribunal beide zum Tode durch den Strang verurteilte. Nicht weitere Angeklagte wurden wegen Spionage und Vandalismus in einem bis zwei Jahren Siedlungshaus verurteilt. Sieben Flüchtige wurden freigesprochen.

Small-scale fisheries Substrates

* Danzig. (Zellunion.) Wohlnde Weißungen aus den großen baltischen Märkten beladen, daß dort seit dem 1. März ein Kampf der englischen gegen die polnische Roble eingeführt hat. Die englische Roblenindustrie hat den Preis für ihre Roble unter den polnischen Roblen- und den eigenen Grangerpreis herabgezogen. Die hierdurch vergrößerten Gewinne entstehenden Unkosten werden von allen englischen Gewerken gemeinsam getragen. Sollte es der englischen Industrie gelingen, die polnische Roble aus den baltischen Märkten zu verdrängen, so wäre die Folge davon verstärkte Arbeitslosigkeit in den beiden polnischen Industriebezirken, Wertverlust der polnischen Robleförderung und damit zusammenhängend Ungleichheit zwischen polnischen Schlagsseiten für den Ausfuhrhandel.

Die Staudammkatastrophe in Kalifornien.

X Los Angeles. Der ganze Untergang des Dammbruch-Katastrophen im San Francisquito-Canyon ist noch nicht zu übersehen. Der gebrochene Damm gabte über 300 Kilometer durch die Wüste nach Los Angeles seit. Durch den Dammbruch wurden etwa 1.844.000.000 Gallonen Wasser frei. Der San Francisquito-Canyon bildet an der Durchbruchsstelle ein enges Tal mit steilen Uferabfällen. Es verläuft in südlicher Richtung nach Los Angeles. Eine auf 70 Fuß Höhe gefasste Wassermasse ergoss sich nach dem Dammbruch, der um 1 Uhr nachts erfolgte, in der Richtung auf die Ortschaften südlich des Canons und richtete ein unbeschreibbares Chaos an.

Nach einer späteren Melbung übernahm die Flutwelle nach dem Bruch des 180 Fuß hohen Staumannes zunächst das Bettlager des Illinoisauswurfs. Man befürchtet, daß 80 dort lebende Indianer den Fluten zum Opfer gefallen sind. Die Abteilung der Southern Pacific-Eisenbahn wurde untergraben. Um 4 Uhr früh näherten sich die Wassermassen dem Ort Santa Paula, dem Mittelpunkt des Stromgebietes. Die Flutwelle hielt sich jedoch im Bett des Santa Paula-Flusses. Es wird bestrebt, daß sie weiter südlich schwaben in den Oeffeldern von Ventura angrenzt hat. Die Verwaltung der Wasserwerke in Newhall erhielt die Nachricht, daß durch den Bruch des Staumannes 100 Angestellte der Werke umgekommen sind. Nur einer wurde gerettet.

Die Melbung, daß der Dammbruch auf ein Erdbeben zurückzuführen sei, findet keine Bestätigung. Ein Erdbeben wurde nirgends wahrgenommen.

Bereits 100 Tote geborgen.

X Los Angeles. Bei den Rettungsarbeiten für die Opfer der Dammbruchskatastrophe in San Francisquito-Canyon sind an der Stelle, wo die Flutwelle lag, in den Santa Paula- und den Santa Clara-Fluss erlegt. Bereits 100 Tote geborgen worden. Bereits seit 10 Uhr Morgens sind 600 Männer unter Leitung der örtlichen Polizeibehörden mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Von Los Angeles hat sich der Polizeidirektor Davis nach dem Schauspiel des Unglücks begeben. Der ganze San Francisquito-Canyon ist unter einer gelben Sanddecke begraben, die an manchen Stellen bis 80 Fuß tief ist, während sie an anderen nur ein paar Fuß Tiefe hat. Unter dieser Sanddecke dürften, wie bestimmt wird, noch etwa 100 Personen begraben liegen, die zwischen den Wänden des San Francisquito-Canyons ihre Wohnstätten hatten. Nach den ersten Bergungen haben in dieser Weise nur fünf Personen die Flutwelle überlebt. Sie wurden vom Wasser in einem Wohnhaus bei Saugus überwältigt und aus den Betten geworfen, konnten sich aber retten, indem sie sich gegenständig an den Händen festhielten.

Auch den Ergebnissen einer vorläufigen Untersuchung wird angenommen, daß das in der Talsperre gesammelte Wasser den Bergabhang, auf dem sich der Fließlauf des Staumannes stützte, durch Erosion unterspülte, sodass ein Teil des Berges zusammenfiel.

Der Haushaltsgutsatz des Reichstages

berichtet heute die Reise aus dem Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Sur Übergabe der Länderausgaben für die Bewilligung der landeseigenen Finanzausgabe durch die Reichsbahnenverwaltung vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 sind in dem Nachtragssatz 22 Millionen Reichsmark angesetzt. Vorgeschlagen wird, zunächst nur Abzahlungszahlungen zu leisten und den Titel noch zurückzuholen.

Übereinstimmung wird eine genaue Aufstellung der gegenseitigen Gegenleistungen gefordert, die aus dem Bericht von Preußen und dem Reich über das alte Kriegsministerium sich ergeben. Diese beiden Titel werden zurückerstellt.

Bewilligt werden 29 Blanketten für das Reichsausgleichsamt und 48 Stellen für das Reichsentschädigungsamt.

Es folgt die Beratung des Nachtragssatzes für 1925. Beim Nachtragssatz für das Auswärtige Amt erwähnt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Quast, ob auch Überlebenszüge von Wehrmachtsangehörigen über ausländische Dienststellen und Ministerialdirektor Dr. Potsch: Überlebenszüge von Wehrmachtsangehörigen sind staatsrechtlich nicht zulässig, aber wie die Verhältnisse liegen, so sind die Dienststellen hier härter als die Vorausberechnungen. Es kommt vor, daß Verhältnisse in der Politik eintreten, wo eine Vermeidung von weiteren Mitteln dem Staate schaden könnten. In solchen Fällen wird dem Amt ein Vorgriff auf das kommende Geschäftsjahr gegeben, indem der kommende Haushalt des Auswärtigen Amtes gekürzt wird. Man befindet sich dabei in juristischem Zustand des Notfalls.

Abg. Müller-Franzen (Soz.) fragt an, daß im Auswärtigen Auskunftsbericht über diese Frage einmal gründlich berichtet werden.

Abg. Dr. Dietrich-Soden (Dem.) betont, ihm interessiere an dieser Frage nur die Statistierung dieser Mittel. Er bitte, die 25 Millionen Reichsmark zu bewilligen, damit die Vorgriffsaktivität endlich einmal bestätigt werde.

Der Flug Hindcliffes.

X London. Der Reichtumswörter von Wiesenbach in der Grafschaft Norfolk (England) meldet, um 1 Uhr 30 Min. habe gestern ein Flugzeug den Ventspurg-Hindcliffen passiert. Es dürfte sich dabei um das Flugzeug Hindcliffes handeln, der wie bereits gemeldet, an einem Transseasflug ausgestiegen ist. Hindcliffe fliegt einen Clinton-Rieseneindecker, der den Namen „Endeavour“ trägt. Er hat einen Begleiter mit an Bord.

Hindcliffe über dem Atlantischen Ozean?

X New York. Nach einem hier aufgenommenen Funk-Spruch teilte ein Dampfer ein Großflugzeug über dem Atlantischen Ozean in westlicher Richtung fliegend. Es wird angenommen, daß es sich um das Flugzeug Hindcliffes handelt.

X London. In einigen Kreisen glaubt man, daß der einzige Passagier in dem Flugzeug Hindcliffes Wiss Blaxford ist, die Tochter des bekannten Dichters Lord Endicott.

Keine Nachricht von Hindcliffe.

X London. (Funkspruch) Bis zum Mittag ist noch keine Nachricht über den weiteren Verlauf des Verlustfluges Hindcliffes zur Überquerung des Ozeans eingetroffen. Das Wetter über dem Ozean ist schön und dem Flug günstig.

Die Reihe steht abgebogen.

X Southampton. Die Reihe des Fliegers Hindcliff, der wie bereits gemeldet, beim Entladen eines Rennflugzeuges entwunden ist, ist heute im Büro des ins Meer gesunkenen Wiesenbach aufgefunden und geborgen worden.

Die Opfer der kalifornischen Dammbruchskatastrophe.

X New Hall (Kalifornien). Nach Berichten aus den Feuerwehrabteilungen und den Hospitalen in dem von der Flutkatastrophe betroffenen Gebiet sind bisher 50 Menschen getötet und 180 noch nicht identifiziert worden. 800 Personen werden als vermisst gemeldet.

X New Hall (Kalifornien). Die Morgenblätter veröffentlichen bereits Bildtafeln des Dammbruches in San Francisquito-Canyon, aus denen hervorgeht, daß der Damm an beiden Seiten gebrochen ist, während das Mittelstück des Damms noch steht. Das eigenartige bei der Katastrophe ist, daß sie fast nur Toten gegenüber liegen verlegen, gefordert hat. Die Liste der festgestellten Toten weist mehrere deutsche Namen auf. Die Zeitungen berichten von zahlreichen Deutschen und merkwürdigen Begegnungen. — Ein Autofahrer der Edison-Companie kam in den Fluten um, nachdem er 47 Menschenleben gerettet hatte. Eine Mutter rettete sich mit ihren 3 Kindern auf einer alten Federmatratze, die vom Wasserstrom aus dem Hause heraus 2 Meilen weit fortgerissen wurde, bis sie auf einem Baumstiel landete. Ein Mann schwamm mit seinem 6 Monate alten Kind meilenweit. Er fand mit anderen zusammen an der Steilseite des Canons Rettung, als eine zweite Welle hohe Woge heranrollte und verhinderte, daß sie weiter südlich schwaben in den Oeffeldern von Ventura angelangt. Die Verwaltung der Wasserwerke in New Hall erhält die Nachricht, daß durch den Bruch des Staumannes 100 Angestellte der Werke umgekommen sind. Nur einer wurde gerettet.

Die Melbung, daß der Dammbruch auf ein Erdbeben zurückzuführen sei, findet keine Bestätigung. Ein Erdbeben wurde nirgends wahrgenommen.

Von der Stadt Santa Paula wurde nur der Südturm gesperrt. Etwa 100 Häuser wurden zerstört, die Menschenverluste sind hier gering, da die Bevölkerung Zeit zur Flucht gehabt hatte. Die Urlaube der Katastrophe scheint darin zu liegen, daß Erdbebe in der letzten Zeit die Dammmauer beschädigt haben.

Über 300 Tote in Kalifornien festgestellt.

X New Hall bei Los Angeles. Bis Mitternacht sind fast 300 Tote festgestellt worden. Die Zahl der Vermissten übersteigt 700. Man glaubt, daß die Zahl der Toten sich noch erhöhen wird. Die Höhe des Hochwassers wird zwischen 10 und 30 Millionen Dollar geschätzt. Das verwohlte Tal, in dem die Flüsse, die man in den Schlamm gesehen hat, den Fundort von Toten bilden, erinnert an einen Massenfriedhof der Kriegszeit. Hier befinden sich vorher in dem ländlich reizlosen Canyon zahlreiche von Altmetallbünden. Die Postmeisterin der in der Nähe gelegenen Stadt Saugus erklärte, die Pfianzen, die an dem San Francisco-Damm lebten, hätten schon im letzten halben Monat von nichts anderem mehr getrocknet, als von den Flüssen in dem Dom und von der Wüste seit eines Dammbruchs. Zahlreiche Autobauer bestätigten auf Grund ihrer in den letzten Tagen gemachten Beobachtungen, daß Beschädigungen in dem Damm vorhanden gewesen waren.

Zur Mordtat der Berliner Kontoristin.

X Berlin. (Funkspruch) Im Laufe des heutigen Vormittags wurden zu der Mordtat in der Charlottenburger Straße in Berlin zahlreiche Zeugen vernommen. Dabei stellte sich heraus, daß die schwere Bluttat von dem jungen Mädchen mit voller Überzeugung ausgeübt worden ist. Erna Antonia erzählte bei ihrer ersten Vernehmung, daß sie einen Verlassen des Büros aufstieg mit der Aufwartefrau Schäfer auf der Hintertreppe zusammengetroffen sei. Diese Angaben entsprechen, wie die weiteren Ermittlungen ergeben haben, nicht den Tatsachen. Die Kontoristin hatte die Aufwartefrau Schäfer am Montag nach Geschäftsschluss unter irgend einem Vorwand nochmals nach dem Büro kommen lassen. Nach Ankunft ihres Berufsnahmen der Firma hat in der Kammer niemals ein Muster zum Karosserieschneiden gelegen. Das Muster konnte trotz aller Nachsuchungen der Kriminalpolizei noch nicht gefunden werden.

Letzte Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 14. März 1928.

Vortrag Dr. Stresemann beim Reichsvorstand.

X Berlin. (Funkspruch) Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann zum Vortrag über die letzte Ratstagung des Völkerbundes in Genf.

Verhaftung im Gefinde von Marx und Wendell.

X Berlin. (Funkspruch) Wie mitgeteilt wird, ist für morgen eine Rabinettssitzung vorgesehen, bei der der Reichsminister Marx zum ersten Mal wieder den Vortrag führen wird. — Das Gefinde des Reichsministers von Stresemann hat sich gestellt.

Verhaftung im Gefinde von Marx und Wendell.

X München. (Funkspruch) Wie mitgeteilt wird, ist für morgen eine Rabinettssitzung vorgesehen, bei der der Reichsminister Marx zum ersten Mal wieder den Vortrag führen wird. — Das Gefinde des Reichsministers von Stresemann hat sich gestellt.

Der Mörder des Postagenten Karl verhaftet?

X München. (Funkspruch) Unter dem Verdacht, den Raubmord an dem Postagenten Karl aus Fuß verübt zu haben, wurde am Montag der 21-jährige Schäfmetzger Lorenz Kernlinger in seiner Wohnung in München verhaftet. Unter dem Verdacht, seinem Bruder Wolfgang gelehnt zu haben, wurde auch der verheiratete 27-jährige Schuhmacher Sebastian Kernlinger verhaftet.

Großer Einbruchdiebstahl.

X Görlitz. (Funkspruch) Ein Einbruchdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht in einem kleinen Goldwarengeschäft verübt. Gestohlen wurden Schmuckstücke im Gesamtwert von etwa 10.000 Mark sowie etwa 3000 Mark Bargeld. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Verbrecherangriff im Hafen von Odessa.

X Odessa. (Funkspruch) Vom 24. März wird aus Odessa gemeldet, daß im Hafen eine 18 Meter lange Eisen-Saluppe, die 14 Arbeiter zur Befüllung einer Ladung bestiegen, plötzlich umstürzte. 2 Arbeiter ertranken, 4 wurden verletzt.

Englische Truppenlandung in Nowaja.

X London. Womelingaport berichtet aus Nowaja: Das Kriegsschiff „Lutjew“ ist in Nowaja eingetroffen und dort 500 Seejägerlandet.

Brand eines Zugwagens.

X Gattow. (Funkspruch) Der Gattower Zugwagen traf heute mit mehreren Stunden Verspätung ein. 2 Wagen waren unterwegs verbrannt, glücklicherweise sind Menschen nicht zu Schaden gekommen. In dem überfüllten Zug kamen zum großen Teil amerikanische Touristen, die Passagiere verliehen lächelnd die in Brand geratenen Wagen, die abgedankt wurden. Die Passagiere dieser beiden Wagen, unter denen sich auch der amerikanische Millionär Eastman befand, hielten ihre Kleider und ihr Gepäck ein und befahlen bei ihrer Ankunft in Gattow nur noch ihre Gepäckstücke.

Certliches und Sächsisches.

Riesa, den 14. März 1928.

— Der 9. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms in Hamburg. Der Stahlhelm ruft zum 9. Reichsfrontsoldatentag auf, der eine gewaltige Kundgebung nationalbewußter deutscher Männer werden soll. Hamburg, die Stadt des schönsten Bismarckdenkmals Deutschlands, ist diesmal das Ziel des Stahlhelms. Am Freitag, dem 1. Juni, wird der erste Bundesführer Franz Seidels in den großen Sälen von Sagberg eine Stogrammrede halten und als Ergänzung des Stahlhelmswortes vom letzten Jahr bestimmen, wie sich der Stahlhelm die wirtschaftliche Gestaltung der Neuordnung Deutschlands denkt. Am 2. Juni findet vormittags eine Kundgebung am Großen Bismarck in Friedrichshain statt, am Abend ein Militärkonzert im Altonaer Stadion, dessen Schluss ein großes Feuerwerk bilden wird. Am Sonntag, dem 3. Juni, ziehen die einzelnen Kolonnen des Stahlhelms durch die Stadt zum Aufmarsch im Stadtteil. Den Teilnehmern des 9. Reichsfrontsoldatentages ist auch Belegenheit geboten, die besonderen Schönwirklichkeiten Hamburgs, an erster Stelle den Hafen zu besichtigen. Ebensso werden Stadtlaufstrecken, Befüllung des Hafens, Tierpark veranstaltet, sowie eine Fahrt mit Sonderbambier nach Cuxhaven und Helgoland.

— Bekleidungsvorschriften für die sächsischen Gefangenenaufnahmen. Das Justizministerium hat unter dem 8. Februar eine neue, sehr ausführliche Vorschrift für die sächsischen Gefangenenaufnahmen erlassen, die jetzt im Justizministerialblatt veröffentlicht wird. Danach sind die Nahrungsmitte unter Berücksichtigung ihrer Nährwerte, ihrer Verwendbarkeit mit Nährstoff auf die Jahreszeit und ihrer Marktpreise auszuwählen. Bei der Zubereitung ist größter Wert auf Sauberkeit, Schnelligkeit, Richtigstellung, Bedenlichkeit und möglichst große Ausnutzung der Nährwerte zu legen. Der jeweilige Stand der Ernährungswissenschaft soll hierbei so weit wie möglich beachtet finden. Die Vorstände der Anstalten sollen gemeinsam mit den Anstaltsärzten und den Wirtschaftsbeamten dauernd das Bekleidungsvorhaben überwachen und die Verabreichung der besten Art im Rahmen dieser Vorschriften anstreben, auch von Zeit zu Zeit durch die Anstaltsärzte an der Hand der gemachten Erfahrungen und des jeweiligen Standes der Ernährungswissenschaften den beteiligten Beamten Vorschläge über die zweitmäßige Auswahl und Zubereitung der Nahrungsmitte halten lassen. Die Bekleidung soll für alle Gefangenen ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht, Blutsbeobachtung, sofern sie nicht ausgewählte Kleidung aufweisen, auf die Jahreszeit und ihrer Wirkungszeit und auf die Erhaltung der Nährwerte zu legen. Der Gesetzgeber soll hierbei die Nahrungs- und Gesundheitsaufsicht, das Wirtschaftsamt, sowie die Straf-, Untersuchungs- und Zwangsgefange die gleiche sein, sofern nicht Ausnahmen zugelassen sind. Für angemessene Abweichung von einzelnen und zusammengefügten kalten und warmen Speisen, Bewendung von frischen und trockenen Gemüsen, Kartoffeln, Bratkartoffeln, Wirsingbeeten, Speisen mit und ohne Fleisch, Seefisch soll gezeigt werden. Die Speisen sind täglich vom Anstaltsvorstand durch Entnahme von Proben zu prüfen. Hinzu kommt der weiteren Einzelheiten muß auf die Vorschrift selbst verwiesen werden, die am 1. April dieses Jahres in Kraft tritt.

— Verband von Sammelkartenbüros nach dem Auslande. Deutsche Firmen bedienen zur Belieferung ihrer ausländischen Kollektionen und in vielen Händen des Sammelkartenvertriebs in der Form, daß eine größere Anzahl von Einzelbestellungen zu einer Großkundensammlung zusammengelegt wird, die durch einen ausländischen Vertreter zur Belieferung gelangt. Auf diese Weise hat der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels e. V. geprüft, inwieweit jedes einzelne Paket der Sammlerbindung bereits vorherig bestellt werden kann, ohne daß gegen das Postgebot bestehen wird. Es wurde festgestellt, daß nach § 1 des Postgesetzes versiegelte, zugängliche und sonst verschlossene Pakete auf andere Weise als durch die Post nur dann bestellt werden dürfen, wenn ihnen außer Paketen, Sendungen und ähnlichen Schriftstücken, die sich auf den Inhalt der Sendung beziehen, keine weiteren schriftlichen Mitteilungen beigelegt sind. Bei der Sammelbelieferung von Sendungen ist es gleichgültig, ob die Pakete offen oder bereits verpackt in Sammlerbindungen zusammengelegt werden, da auch unverschlossene Pakete bereits dadurch, daß sie in verschlossenen Sammlerbindungen verändert werden, die Eigenschaft verschlossener Pakete erhalten. Grundsätzlich darf natürlich der Inhalt der einzelnen Sendung nicht aus postzwangsläufigen Gegenständen, wie Briefen, Zeitungen und dergleichen bestehen. Die Reichspost hat gelegentlich einer Anfrage darauf hingewiesen, daß der oben erwähnte Sammel-Großkundensammlung in bezug auf die Schnelligkeit der Beförderung nicht als günstiger angesieht werden kann als die Beförderung durch die Post und diese Verlandart daher mit den Zweck haben kann, Postortsparatur zu erzielen.

— DR. V. Bündlung der Verordnungsgebäude. Der Reichsarbeitsschutzminister weiß im Reichsverordnungsblatt besonders darauf hin, daß bei der Erneuerung des baulichen Teils der Verordnungsgebäude, welche von dem nach Berücksichtigung des geistlichen Erbbaurechts sich ergebenden Beitrag dieser Gebäuden ausgenutzt werden soll. Beispiele werden 500 R.-M. Kubikmeter monatlich angeführt. Hierzu Steuerabzug 40 R.-M. Es bleiben 460 R.-M., die der Berechnung des baulichen Teiles des Verordnungsgebäude zugrunde zu legen sind. Daraus sind bauliches Gerät nach § 850 Abs. 2 der BGB; 120 R.-M. Es bleiben 330 R.-M. Hierzu sind baulich 470 R.-M.

— Bauhafen. Das schöne Bauhafen. Ein interessantes Ausdrucken hatte der Baugener Verkehrsverein zur Erlangung wissamer Werbeposten für Bauhafen erlassen. Er wird darauf hin, daß die bisher für Bauhafen üblichen Beschränkungen wie Klein-Nürnberg oder ländliches Rothenburg verhindern sollen und außerdem in gleichmäßiger Beziehung meistenteils mißverstanden würden. Es sollten daher neuzeitliche Originale und Geschichts- und städtebauliche Eigenart Baugens ausreichend kurze Bezeichnungen gesucht werden. Die besten Lösungen bekräftigt der Verkehrsverein anzutreten. Das Auszuschreiben hat einen überwältigenden Erfolg gehabt. Es sind mehrere hundert Vorschläge und Lösungen eingegangen, die zum Teil ganz beachtliches Material bringen. So werden u. a. vorgeschlagen: Baugens, das Bildbuch des Mittelalters, Baugens, die malerische Fremdenstadt des Oberlausitz, Baugens, die Stadt der Königsse, Baugens, ein Urteil deutscher Städtechronik oder ein Hort alter Städte-Romanistik, deutsche Stadt im Wendeland, Baugens, ein Märchen aus alter Zeit. In Baugens ist zu schauen alles und neues Baugens — Kunst und Schönheit, Baugens Ehrenfeld u. m. Auch der Baugener Dialekt fehlt nicht, wie folgendes Sprichwort beweist: „Wer de Baugens ne geahn, Mad'ch od mutne off die Gothen, Schlesien lound doch bei de gahn, los wenn Barg' und Türe lound.“ — Der Baugener Verkehrsverein würdigte die Summe der eingegangenen Vorschläge und Lösungen als „Das Haben von Baugens Schönheit“.

Ruh und Wohlheit.

Dresden übertrug eine Römer Oper. Am Montagabend wurde zum ersten Male der Versuch einer Übertragung der in Köln gespielten Oper auf den Dresdner Funkfunkender gemacht und zwar mit glänzendem Erfolg. Punkt acht Uhr erschien die Bonbonier zunächst in deutscher Sprache eine eingehende Inhaltsangabe des zweiten Akts von Sigaros Hochzeit, worauf die Vorführung einsetzte. Das Orchester wurde in voller Schönheit wiedergegeben und die Stimmen der Sänger und Sängerinnen waren klar und rein. Der Erfolg ist umso bemerkenswerter, als am Sonntag die Übertragung eines in Südtirol gegebenen Konzerts nur unvollkommen gelungen war.

"Der Schritt zur Bühne" ist der Titel einer Schrift von Hella Petrenz, die soeben im Buchhandel erschienen ist und besonders Gesangstudierenden sehr zur Beachtung empfohlen werden kann. Der Anhang bringt ein Repertoire-Katalogus aller Stimmfächer, welches eine wertvolle Übersicht für den angehenden Bühnensänger bildet. Die Schrift ist im Verlag der Opernschule Petrenz, Dresden, erschienen.

Handel und Volkswirtschaft.

Der Stand des Banknotenumlaufs in Frankreich. "Petit Parisien" veröffentlicht eine offizielle Erklärung über den Stand des Banknotenumlaufs in Frankreich, in der es heißt, der gegenwärtige Notenumlauf sei, wenn er auch ein Steigen der Zahl der Noten ausweise, in keiner Weise abnormal. Er entspreche kaum dem Roheffizienten 5 der 12 Milliarden Banknoten, die 1914 in Umlauf waren. Außerdem müsse man bedenken, daß zehn Jahre lang die kurzfristigen Bons der nationalen

Beteiligung ein tatsächliches Zahlungsmittel darstellen, das insoweit durch die Einführung dieser kurzfristigen Bons verdrängt sei. Die in den letzten Tagen in Umlauf gebrachten Banknoten entkräften, wenn sie sich auch auf die Devisenkäufe beziehen, den Zahlungsbedürfnissen der Deftlichkeit. Die über diese Bedürfnisse am besten unterrichteten Stellen äußern nicht, sie einer Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit zuzuschreiben. In der Erklärung heißt es übrigens auch, daß seit einigen Wochen die Bank von Frankreich nur schwache Devisenkäufe getätigt habe und daß ihre beständigen Operationen, das Streiken der französischen Devisen zu verhindern, in keiner Weise eine beträchtliche Kursschwächung zur Folge hätten, die geeignet wäre, die Zahl der in Umlauf zu bringenden Banknoten in beachtlicher Weise zu erhöhen.

Die Konkurse im Monat Februar 1928 in Sachsen (Vermittlung des Statistischen Bundesamtes) im Monat Februar sind 185 Anträge auf Konkursöffnung gestellt worden. Von diesen entfallen 71 auf die Großstädte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau. 90 Anträge sind stattgegeben worden, während 45 mangels Rasse abgelehnt sind. Von den neuen Konkursen betroffen 25 Einzelfirmen, 27 Gesellschaften (darunter 7 offene Handelsgesellschaften und 17 Gesellschaften m. b. H.), 58 nicht eingetragene Erwerbsunternehmungen und 80 Nachlässe. 83 entfielen auf die Industrie, 49 auf den Warenhandel, 22 auf sonstige Gewerbe und 2 auf die Landwirtschaft. Beendet worden sind 61 schwebende Konkursverfahren, davon 41 durch Schlussverteilung, 16 durch Zwangsvergleich und 4 wegen Wassermangels. — Neben den Konkursen sind noch 33 gerichtliche Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Davon betrafen 10 Einzelfirmen, 8 Gesellschaften darüber 5 offene Handelsgesellschaften und 2 Gesellschaften m. b. H., 14 nichteingetragene Erwerbsunternehmungen und 1 Nachlaß. 12 entfielen auf die Industrie, 17 auf den

Immerwährend

werden Neubestellungen auf das "Märker Tageblatt" von allen Zeitungsdruckern und zur Vermittlung an alle von der Tageblatt-Gesellschaften, Goethestraße 20, eingegangenommen. —

Warenhandel, 2 auf sonstige Gewerbe und 1 auf die Landwirtschaft. Beendet wurden 23 gerichtliche Vergleichsverfahren und zwar 21 durch Zwangsvergleich, während bei 2 der Konkurs eröffnet werden mußte. — Von den insgesamt beteiligten 218 Unternehmungen waren 146 (= 67,9 Prozent) erst nach dem Kriege entstanden gegen 1 (= 0,4 Prozent) aus der Kriegszeit und 71 (= 32,6 Prozent) aus der Vorkriegszeit stammten.

Am 17. Februar 1928 war am Dienstag das Geschäft am Fleckenmarkt auf allen Gebieten ähnlich schwach. Erst gegen Schluss der Börse wurde die Lebhaftigkeit etwas stärker. Am Fleckenmarkt waren heimische Betriebe wenig verändert. Schiffahrtswerke waren allgemein ruhig. Auch Banken hatten zum Teil größere Kurzverluste, u. a. Commerzbank 2% Prozent. Am Montanmarkt verloren Offenes Steinholz 4 Prozent, Riedes 3 Prozent. Das Geschäft in Kaffeehäusern war kaum nennenswert. Am Elektromarkt verloren Siemens u. Halske 4 Prozent, die übrigen führenden Betriebe 1 bis 2 Prozent. Von den Maschinenwerken verloren Schubert u. Salter 4 Prozent, Daimler 2 Prozent. Einiges reger war das Geschäft in Vereinigte Glashütte, die 8-10 Prozent gewannen. Der Tag für tägliches Gelb war 84-8 Prozent, für Monatsgeld 7½-8½ Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert.

Reparaturen

in Uhren, Gold- u. Schmucksachen
ausgemäß u. preiswert.

B. Költzsch
Telefon 372.



Nimm
WIBOWA
Nur damit erzielt Du
TROCKENEN HARTGLANZ

Der Glanz, den ein
Bohnerwachs gibt, ohne daß
man jeden Fußtritt und
Gummiballsatz sieht!
Dies ist der Wunsch
jeder Hausfrau, darum
verwendet sie nur noch:

WIBOWA
NASS WISCHBAR!
Nur erdnüchlich in Drogerien
Farben- u. Linoleumgeschäften
14 Kilo-Büro 100.000 Tücher-Box 1000
100 500 1000 1000 1000

Achtung!
Norweger Büdding
groß, Bib. nur 28
Aufreiter Büdding
klein, Bib. nur 45
Fleckerlinge, sehr fein
1/2 Bib. nur 15
Wartthalt, Hauptstr. 5

Eimige Escher
verkauft
Mildner, Nickrits



Ich lese

gerne die vielen Zuschriften, die ich täglich bekomme und bin glücklich, daß alle mit Büdo zufrieden sind. Kein Wunder! Nur edelste Wachse und feinstes Öl werden mit großer Sorgfalt zur Herstellung der Schuhpasta Büdo verwendet. — deshalb die hervorragende Qualität. Mach doch selbst einen Vergleich. Putze den einen Schuh mit Büdo, den anderen mit irgend einer anderen Creme. Schon dieser eine Versuch wird für Büdo günstig sein. Deutlicher zeigt sich jedoch der Unterschied bei täglichen Gebrauch. Zu allem hat Büdo einen praktischen Dosenöffner. Eine, zwei — schon ist die Dose offen! Prüf' Dir deshalb ein.

Büdo

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Die beste Erholung ist eine Seereise!

- 5 Mittelmeersafarten von Mitte Febr. bis Mitte Juni
- 3 Orientsafarten von Mitte März bis Anfang Mai
- 1 Griechenlandfahrt vom 10. April bis 24. April
- 1 Polarsafart vom 10. Juli bis 5. August
- 3 Nordkapfahrt von Mitte Juli bis Ende August
- 2 Skandinavien-Ostseefahrten
von Ende Juni bis Mitte August

kostenlose Auskunft und Prospekte durch unsere Vertretungen

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Riesa: Wilhelm Frenzel Nachl., Wettrinerstr. 2

Geschäftl. Heimarbeit
Büttel-Berlin-Wünchens 02.

Töchterliche Vertreter
gesucht bei Mutter Preise für
unsere artklassig.

Holzrouleaus
Jalousien
Rollen
Markisen

Kinderwagen wie neu,
zu ver.
Kinderwagen 32, 1. L.

Gellrich & Co., Neuriede

Achtung!

10 MIL und mehr können
Händler und Haufler
täglich verdienen durch
den Vertrieb meiner in
jedem Haushalt unent-
behrlichen und gern ge-
faulsten patentamt. gleich.
Neuheiten. Mfr. erb. an
W. Gericke, Langenfeld
L. B. Lindenstr. 4.

Chauffeur

für Personenwagen, der
alle Fahrarbeit mit macht,
gesucht.

Adresse: Postamt 1,

Schlichbach 6.

Höflicher Lebhaft

fann Eltern in die Vor-
treten. Rott u. Wohnung
im Hause.

Heinrich Schulze

Böttchermeister

Großenhain, Haber, Bl. 6.

Eine Kuh

nah zum Hühnchen, steht zu
verkaufen.

Seite 26

Amtliches.

Das im Grundbuche für Langenberg Blatt 12 auf den Namen des Böttchermeisters Friedrich Gräfe eingetragene Grundstück soll am

Donnerstag, den 10. Mai 1928,

vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuch 87,1 Mr. groß und nach dem Verkehrswert auf 12500 RM. geschätzt. Die Brandaufversicherungssumme beträgt 47000 RM.; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18. 3. 1921, GBl. S. 72). — Es besteht aus 1 Wohngebäude, 1 Schuppen und 1 Werkstattgebäude nebst Hofraum und Garten in Glaubitz Nr. 13 Abt. C der Ortsliste und 1 Wiese in Für Nieders.

Die Einsicht der Mittelungen des Grundbuchs und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Rinner 8).

Mehrere auf Versteigerung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Einsichtung des am 20. Juli 1927 verlautbarten Versteigerungsverfahrens aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, lautstens im Versteigerungstermine vor der Aufzierung zur Abgabe von Geboten anzumelden. Wer, wenn der Gläubiger widerstreitet, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzuhören.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Beschlages die Aushebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeileiten, widrigfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Zu 17/27 Nr. 8.

Amtsgericht Riesa, den 13. März 1928.

Donnerstag, den 15. März 1928, vormittags 10 Uhr, sollen im Versteigerungsraume 1 großer Eisentrunk und 1 Schreibtisch, hierauf in der Schreibtischreize 2 Tonnen (ca. 4 Bentner) Quarti versteigert werden.

Riesa, den 14. März 1928.

Der Amtsgerichtsbeamter des Amtsgerichts.

Gewerbe-Steuer 1927.

Der 4. Termin der Vorabzahllungen auf die Gewerbeesteuer für das Steuerungsjahr 1927 wird am 15. März 1928

fällig und ist spätestens bis zu diesem Zeitpunkte zur Vermeldung entstehender Verzugsgüter an unsere dafür zuständigen Steuerkassen zu entrichten. Spätestens drei Wochen nach Ablauf dieses Zahlungstermins ist mit der festensteuerlichen Abnahme und Bezeichnung der Rückstände zu rechnen.

Der Rat der Stadt Riesa — Steueramt. —

am 7. März 1928.

Vorsicht — Ihr Teint!
Wind und Wetter, Sonne und
Regen, Sturm und Schnee, Hitze
und Kälte können Ihrem Teint
nicht schaden, wenn Sie sich
stets mit der edlen Dalton
Citronen-Seife waschen.



Gründiger Technische Messe.

2. Sitzung. Am Dienstag, dem 13. März, beginn die Betriebsprüfung der Loguna, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Technischer Betriebsprüfung im Verein Deutscher Ingenieure und dem Institut für Wirtschaftliche Versorgung. Sie wurde im Vorstandssaal des Gottes der Metalltechnik durch Oberstudiendirektor Dr. Wallot eröffnet. Vorträge über Betriebsmittel schlossen sich an. Es sprachen Dr. Ing. A. Holmann-Berlin über „Werksbau und Betriebslagen im Werksgebäude“, Betriebsdirektor Volt-Metallrichshofen über „Betriebsprobleme im Kraftfahrzeug-Betrieb“.

Am Nachmittag wurden die Vorträge (Meiste Holzbearbeitung) ebenfalls im Hause der Metalltechnik fortgesetzt und zwar berichteten Dr. Ing. Wieden über „Werkbauen des Holzbearbeitungsmaschinenbaus“ und Obering. Holz-Berlin über „Sperre und seine Anwendungsmöglichkeiten“. Die Vorträge erweckten großes Interesse und waren gut besucht.

Um Zusammenhang mit praktischen Vorführungen auf der Vorführungsbaustelle auf der Dresdner Technischen Messe im Rahmen der Baumeister fanden vormitig Vorträge über die „Neueste Baukunst“ im Dresdner Kritschopalast statt. Es sprachen Professor Dr. Ing. Bartho-Berlin über „Anwendungsmöglichkeiten der Maschinen auf kleinen Baustellen“, Dr. Ing. Hof-Karlsruhe über „Wirtschaftliches Bauen durch rationelle Betriebsführung“ und Professor Oder-Dresden über „Fertigungsverfahren für mittelgroße Baustellen und moderne Baukontrolle“.

Die Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen. Den Teilnehmern an der bautechnischen Vorführungsbaustelle war weiterhin Gelegenheit gegeben, auch die Baustelle der Großmarkthalle, des Weinhalls „Vetersdorff“ und des Hochhauses am Augustusplatz zu besichtigen.

Am Dienstag waren es besonders Fachinteressenten, die die Technische Messe besuchten. Die Teilnehmer an der Studentenmesse ließen ihre Studien auf der Messe fort. Viele Schulen beschäftigen die Messe. Beachtung findet die russische Robott-Ausstellung.

Die Dresdner Technische Messe wird heute, am 14. März, abends geschlossen.

Die Grundursachen der Arbeitskämpfe der letzten Zeit.

Ein Standpunkttrag des Reichsministers a. D.

Rudolf Wissell.

Berlin. (Selunion.) Im Berliner Rundfunk sprach gestern abend Reichsminister a. D. Rudolf Wissell über „Die Grundursachen der Arbeitskämpfe der letzten Zeit“. Ausgehend von dem mitteldeutschen Braunkohlenkreis im Herbst 1927, behandelte Wissell anschließend den gegenwärtigen Konflikt in der Berliner Metallindustrie. Wissell erklärte, es sei falsch, daß, wenn zur Konfliktbeladung sozialer Schwung zur Anwendung komme, davon gesprochen werde, daß den kämpfenden Organisationen der Nutzen zur Verantwortung sehe. Das Kernproblem aller Arbeitskonflikte sei die Lohnfrage. Um sie werde jumeist erbittert gekämpft. Die niedrigen Löhne seien das Haupthindernis für die Betriebsnationalisierung. Diese erfordere auch infolge Einführung neuer technischer Betriebsmittel neue Kapitalinvestitionen. Diese wieder könnten in größerem Ausmaß nur dann erfolgen, wenn wieder Kapitalinen-

bildungen vorhanden seien. Das führen auch die Gewerkschaften ein, ohne aber von dem Standpunkt abzulassen, daß die Löhne noch sehr niedrig seien. Gewerkschaften trachten immer das Obium des Arwusses. Die Gewerkschaften trachten für die vertriebenen Arbeitnehmergruppen nach einem generellen Lohnabkommen sehr schwierig. Der für die höchste Gruppe in der mitteldeutschen Metallindustrie losen festgesetzte Stundenlohn von 80 Pfennigen macht es keineswegs unmöglich, die Berliner Durchschnittslöhne darüber hinaus tariflich festzulegen. Ein Tarifvertrag könnte nur einen Windhuk festsitzen. Dieser erfordere der Arbeiterschaft wieder zu geringe Löhne. So ihm nicht aern freiwillig anstimme.

Wissell wies ferner darauf hin, daß ein taciturn gebundener Spezialweg einer dichten Metallindustrie gegenüber dem Spezialweg der Metallmetallindustrie ganz wesensunterschiedlich sein könnte. Rechter könne Arbeit mit einfachen Arbeiten und solche mit erheblich künstlerischer Fähigkeit umfassen. Für die Berliner Metallindustrie sei aber im Interesse des Arbeitstreibens eine tarifliche Lohnregelung nicht zu umgehen erwiesen. Im Lohnkonflikt der Werkzeugmaschinen habe die Unternehmung die Gruppenauslösung aus dem Grunde ablehnt, doch wenn diese bei den Werkzeugmaschinen verwirklicht worden wären, auch bei den anderen 40 Gruppen der Metallarbeiter hätte durchsetzt werden müssen. Man hätte allerdings die Löhne an die neuen Löhne der Werkzeugmaschinen angepaßt wollen. Neue Arbeitskämpfe wären damit entstanden. Aus diesem Grunde hätten die Schlichtungsbehörden für die Berliner Metallindustrie auf ein generelles Lohnabkommen hingearbeitet.

Die Verschuldungs-Verhältnisse der Landwirtschaft.

o. Berlin. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichstag einen Bericht über den Standort des Landwirtschaftlichen Haushalt-Muschusses über die Verschuldungsverhältnisse der Landwirtschaft zuwochen lassen. Es wird darauf hingewiesen, daß eine grundlegende Niedrigung im landwirtschaftlichen Kreditwesen an dem in Deutschland herrschenden Kapitalmanöver scheitern müsse. Man werde sich begnügen müssen, daß vorhandene Kapital der Landwirtschaft unter der Gewährung wirtschaftlicher Verwendung in möglichst grohem Umfang nutzbar zu machen. Vor allem erscheine eine Realisierung der in der Landwirtschaft befindlichen Kredite unabweisbar.

Mit Maßnahmen können je nach der Verschuldungslage der Betriebe in Form die Sanierung, die Aufnahmeeorganisation und die Verstärkung der Siedlung. Es wird im einzelnen die Errichtung von Sanierungsstellen nach bayerischem Muster empfohlen, namentlich für die Gefahrengebiete des Ostens. Diese Sanierungsstellen müßten Reichskredite erhalten; analog seien die landwirtschaftlichen Kreditinstitute in die Lage zu legen, lebensfähigen landwirtschaftlichen Betrieben die Kredite zu delenken. Die Aufnahmeeorganisation soll verhindern, daß durch massenweite Anwangsversteigerungen schwere Erdüttungen eintreten. Die Aufnahmestellen sollen überall da eingerichtet, wo sich beim Weizengeweb versteckter Güter Schwierigkeiten ergeben. Die angekauften Güter sollen dann nach Ordnung der finanziellen Verhältnisse so schnell wie möglich wieder in produktive Hände übergeführt werden. Als die quersten Organisationen zum Anlauf der aufzunehmenden Grundstücke werden die bestehenden gemeinnützigen Siedlungsverbände, deren Mittel entsprechend zu verstärken

sind, genannt. Der Bericht bestreitet dazu aber noch, daß eine Siedlung des arbeitslosen Volkstandes durch Vermittlung dieser Verbände allein nicht herbeigeführt werden kann. Das Kreditlabel besteht in dem Wirkverhältnis der Betriebsnahmen an den Ausgaben, insbesondere den öffentlichen Kosten, und es besteht ferner in dem Maßstab an Kapital, der sich in den hohen Ansätzen äußert. Der hierdurch auslösende Problemkreis soll in weiteren Berichten behandelt werden, die sich in Vorbereitung befinden.

Aus dem finanzlichen Stat 1926.

Um einzelnen wird über die Landwirtschaftsbetriebe des ländlichen Staates gesagt:

Am Wirtschaftsjahr 1925 haben die Landwirtschaftsbetriebe mit einem Gesamtverlust von 284382,50 RM. abgeschlossen. Die Landwirtschaftsbetriebe in Raudorfchen, Oberdörfchen und Rieberbergwiedorf haben Steuerminderung von 18.074,87 RM., 15.851,87 RM. und 5047,85 RM. zusammen 33.474,09 RM. gebracht, während die übrigen Betriebe mit Verlusten von zusammen 267.193,89 RM. abgeschlossen haben, und zwar Stalla mit 40.455,54 RM., Dallwitz mit 14.852,22 RM., Uelsdorf mit 82.781,09 RM., Raffreuth mit 38.282,98 RM., Oberholzland mit 73.122,86 RM., Rieberbergdorf mit 54.883,65 RM., Oberfeuerbach mit 15.170,53 RM. und Wilsnitz mit 84.104,17 Reichsmark. Bei 2944,98 Reichslandwirtschaftlich genutzter Fläche berechnet sich der Gesamtbetriebsverlust auf 79,86 RM. je Hektar.

Bei der Beurteilung des Verlustes ist zu berücksichtigen, daß die Seinerzeit übernommenen Gebäude sich in schlechtem und für den Landwirtschaftsbetrieb wenig geeignetem Zustand befinden und schon von Anfang an den Gütern über das gewöhnliche Maß hinausgehende bauliche Unterhaltslast auferlegt, daß ferner bei dem Mangel an ausreichendem Betriebskapital 89.764,88 RM. Kontokorrentzinsen und -spesen entstanden, die Preise namentlich für Roggen und Kartoffeln in der Berichtszeit gebrüttet waren, und die Maut- und Klausenzölle auf allen Gütern mit Ausnahme von Oberdörfchen hohe Ausgaben für die tierärztliche Behandlung sowie erhebliche Verluste bei der Viehhaltung und der Wolfserektion verhüllte, endlich, daß sonstige Gründe, wie geringe Getreideerträge bei Dallwitz und Uelsdorf, geringe Erträge der Schweinehaltung, unszurendende Schweinehaltung, ungenügende Ausnutzung der Weiden bei zu geringen Viehbeständen, das wirtschaftliche Ergebnis bei erheblichem Güterverlust noch weiter verschärften.

Aus dieser amtlichen Darstellung geht hervor, daß die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe trotz der erheblichen Erleichterungen in steuerlicher und finanzieller Beziehung, die sie vor Privatbetrieben vorzu haben, mit starker Unterbilanz arbeiten mußten. Diese Tatsache beleuchtet am besten die Notlage, in der sich die private Landwirtschaft heute befindet.

Harmat-Prozeß.

Berlin. (Selunion.) Zu Beginn der Dienstagssitzung im Harmatprozeß stellte der Verteidiger des Angeklagten Dahl eine Reihe von Beweisanträgen, die ergeben sollen, daß Dahl kein Rückversicherungsfachmann gewesen sei und daß er die ihm zur Zeit geplante Handlungen in gutem Gewissen vorgenommen habe. — Darauf setzte Richter am. Frankfurter sein Plädoyer für die Angeklagten Rabinowicz, sowie Alfred und Hans Stark fort. Der Verteidiger betonte, daß

**Beim Gastwirt
Beim Kaufmann**

verlangt man
ausdrücklich

Vertreter: Richard Schwade, Exportbierhaus, Briesa, Fernsprecher 49.

Unita.

Roman von Otto Elster.

Copyright by Greiner u. Comp., Berlin 30.

18. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Stolten wußte in seinem Hirn Gedanken und Pläne hin und her, die manchmal einen Schatten auf sein Gesicht warfen, obgleich er gewohnt war, sich zu beherrschen und seine Stimmungen nicht merken zu lassen.

Frau Stolten beobachtete ihren Gatten von ihrem Balkon im dunklen befindlichen Blaue her mit Scheuen, angstfülligen Augen, und wenn Tilli ihr Gesicht angesehen hätte, würde sie sicherlich die innere Unruhe und Angst bemerkt haben, die auf der Seele ihrer Mutter lastete.

Gegen zehn Uhr wurde Tilli zu Bett geschickt, während die Eltern noch aufbleiben wollten. Gerade als Tilli sich verabschiedete, wurde ihrem Vater eine Telexpe gebracht.

Tilli blieb stehen, gespannt auf die Nachricht von Unita wartend. Frau Stolten sprang auf und trat neben ihren Gatten, der unter die elektrische Lampe getreten war und das Telegramm öffnete.

Ein Zug der Enttäuschung ging über sein Gesicht. Er reichte die Telexpe seiner Frau.

„Leonore hat Unita verhöhlt.“ sagte er. „Kun, wir werden sie schon in Berlin finden.“

Tilli wollte etwas fragen, ihre Mutter schickte sie jedoch fort.

„Morgen wird du schon alles erfahren.“ sagte sie. „Jetzt geh zu Bett.“

Traurig bog sich Tilli in die Stämme. Ihr war so weh ums Herz, sie traurte nicht nur der verlorenen Freunde nach, sondern auch dem Traum ihres achtzehnjährigen Lebens, denn sie jagte sich, daß dieser ebenso zu Ende gehen würde, wie der Traum ihres Bruders und Unitas.

„Ich wollte, ich wäre mit Unita in die weite Welt gegangen.“ läuterte sie mit großen, tränennassen Augen in das Dunkel der Nacht starrend, und in ihrem Kopf malte sie sich dieses „in die Welt gehen“ in den schönsten, romantischsten Farben aus.

Stolten und seine Gemahlin gingen diese Nacht nicht zur Ruhe. Sie hätten doch keinen Schlaf gefunden; so blieben sie zusammen in leise geflüsterten Gesprächen. Jetzt verstanden sie sich ganz! Jetzt hatten sie sich gefunden, wo es gilt, ihre gemeinsamen Interessen zu verteidigen. Aber wenn Frau Stolten früher die Herrscherin, die Führerin gewesen war, so hatte jetzt ihr Sohn die herrschende Rolle übernommen. Er entwarf und entwidete Blätter, die seine Gemahlin sich benötigte anhörte und billigte. Nicht mehr seine Herrin war sie, sondern seine Unter-

gebene, die sich schwiegend seinem Willen unterordnete. Die Angst, daß sie ihren Reichtum verlieren könnte, hatte ihren Hochmut gedroht, hilfesuchend krammte sie sich jetzt an den Mann, den sie noch vor einigen Stunden verachtet hatte.

Es war ein trauriges Schauspiel, diese beiden Menschen so in ihrer höchsten moralischen Stärke zu sehen! Der einzige verlöhnende Punkt in diesem Schattenbild war beider Liebe und Sorge um ihre Kinder, und die Angst, als Brüder, als Verbrecher vor ihren Kindern daskeben zu müssen; sie kämpften nicht nur um ihren Reichtum, sie kämpften auch um verzweiflungsvollen Kampf um die Richtung und die Liebe ihrer Kinder.

Um der Kinder willen hatte Stolten das Verbrechen begangen; um der Kinder willen hatte er gelogen, gehorcht und betrogen. Um der Kinder willen wollte er weiter lügen und betrügen, sie wollte er glücklich und reich und ausgehen machen; sein eigenes Leben — das sagte er sich voll bitterer Hoffnung selbst — war dieses Verbrechens, dieser fortgesetzten Dual, dieses fortgesetzten Lügen und Beträugens nicht mehr wert.

Für sich selbst hätte er wohl noch einen Ausweg zu finden gewußt. Aber für seine Kinder wäre der Verlust des Reichtums ein furchtbare Unglück gewesen, daß ihre Stellung in der Welt vernichtet hätte.

Und Frau Stolten? — Sie hätte nie und nimmer den Will gefunden, ihren Kindern die Wahrheit zu geschenken. Eher würde sie vor Scham gestorben sein. Vor ihrem Gatten konnte sie sich erniedrigen, konnte sie sich demütigen, vor ihren Kindern aber wollte sie die Wahrheit, achtunggebietende Stellung bewahren — vor ihren Kindern wollte sie matelloß an ihrem Leben und an ihrer Ehre daskeben — vor ihren Kindern und vor der Welt!

Deshalb nahm sie den durchdrungen Kampf auf sich, deshalb nahm sie nun heimlich teil an dem Verbrechen, deshalb wurde sie selbst zur Verbrecherin, zur Böhmnerin, zur Betrügerin, weil ihr Stolz keine jütliche Grundlage besaß, weil sie meinte, die Richtung ihrer Kinder und der Welt hänge nur von äußerlichen Umständen ab, wie sie selbst die Menschen nur nach äußerlichen Umständen beurteilte.

So verging die Nacht — der Morgen graute, und noch immer lagen sie sich gegenüber und starren sich mit großen, ängstlichen Augen, die wie flammende Kohlen aus den beiden Gesichtern hervorleuchteten.

Frau Stolten erhob sich endlich.

„Ich ertrage diese Ungewissheit nicht mehr.“ flüsterte sie und rieb das Fenster an, durch welches das goldene Licht der aufgehenden Sonne hereinschlüpfte.

„Ich habe diese Dual fortgesetzt getragen.“ sagte ihr Sohn und läutete vollständig erschöpft und ermattet die Stufen in die Hand.

„Wir töten am besten, wir versuchen zu schlafen.“ fuhr er fort. „Wir können doch nichts mehr ändern.“

„Erst wollen wir doch das Telegramm aus Berlin abwarten... da kommt es! ... Ich sehe den Telegraphenboten über den Hof kommen...“

Die heiterhafte Spannung erstreckte ihre Stimme fast. Sie wollte hinzuholen, Stolten hielt sie jedoch zurück.

„Läßt mich gehen.“ sagte er. „Die Leute auf dem Wirtschaftsplatz sind schon wach — es würde auffallen, wenn man dich sähe.“

Er ging hinaus, öffnete selbst die Haustür und erwarte den Boten.

Frau Stolten floßte das Herz zum Bersten. Beide Hände auf die wogende Brust gewechselt, starrten ihre Augen auf die Tür, durch die ihr Mann wieder eintreten würde.

Die wenigen Minuten bis zu seiner Rückkehr dünnten ihr eine Ewigkeit, sie war wie auf die Nerven gespannt, alle ihre Nerven waren in heiterhafter Erregung. Sie hörte die Schritte ihres Mannes — jetzt legte er die Hand auf die Knie der Studentin — jetzt stützte sich diese — Stolten trat ein — ein süßliches Lächeln ruhte auf seinem Gesicht — er schwankte die Telexpe in der Linken und sagte lachend:

„Das Bögelchen wäre also wieder eingefangen!“

Mit einem Schrei der Erregung stürzte seine Gattin auf ihn zu, die Hände nach dem kleinen Papier ausstreckend, als hinge das Heil ihrer Seele, das Glück ihres Lebens von seinem Inhalt ab.

„Berrehk es mir nicht.“ sagte Stolten süßlich. „Du darfst dich überhaupt nicht zu erregen — nur kaltes Blut und klarer Blick können und helfen!“

Frau Stolten hörte nicht auf ihn, sondern verzog förmlich den Inhalt der Telexpe, die also lautete:

Die Dame angelommen. Folgte ihr nach einem kleinen Hotel in Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße. Werde sie nicht verlassen. Erwartet weitere Befehle. Thien man.“

Frau Stolten ließ die Telexpe sinken und atmete wie von einem Atemzug bestreift auf. Dann strömte ihr ein Tränenstrom aus den Augen, und sie schlang plötzlich die Arme um den Hals ihres Gatten, lehnte den Kopf auf seine Schulter und brach in ein fassungsloses Weinen aus.

Der Ausdruck des Spottes im Gesicht Stolten war verschwunden, er hatte einen weichen Küssend Blau gemacht.

„Beruhige dich doch, Rose.“ sprach er begütigend, unwillkürlich den vertraulichen Schmeichelnamen der ersten glücklichen Zeit ihres Ehe gebrauchend und ihr mit Süßlichkeit die weißen Haare streichend. „Du darfst nicht leidenschaftlich sein! Es wird sich ja alles finden, und alles wird wieder gut werden. Weine nicht mehr — ich denke, jetzt da wir zusammenhalten, da wir wieder ver-



Ein Denkmal für Könige.
vor dem Staatsinstitut für Koenigologie u. Natur
kunde in Leningrad wurde aufgehoben der fünfsten Wo
derfeier des Todesstages des großen Koenigs Fürs
herzog enthalten.



Mit Germania.
Fraulein Eva Hoffmann, eine außergewöhnlich
hübsche Berlinerin, wird an der im Sommer in
Amerika stattfindenden Schönheitskonkurrenz der
Frauen aller Länder als Vertreterin Deutschlands
entsandt werden. (Photo Babelow)



15 000 Mark für das Frankfurter Goethehaus.
Das preußische Staatsministerium hat, wie wir er
fahren, in seiner neüigen Sitzung beschlossen, für
das Frankfurter Goethehaus den einmaligen Betrag
von 15 000 Mark zu bewilligen.

Bermischtes.

Förderungslück auf „Schädel und Eisen“.
Aus Recklinghausen wird gemeldet: Aus noch ungeklärter Ursache ereignete sich gestern auf der Grube „Schädel und Eisen“ ein Unglücksfall dadurch, daß der aufgehende Förderkorb so stark auf die Seilscheiben sties, daß diese beschädigt wurden und die Belegseile zunächst losren mußten. Auf dem niedergehenden Korb befand sich ein Bubenwärter, der glücklicherweise mit einer Beinsverstauchung davonsam. Während es gelang, den unteren Korb, in den Sumpf getaucht war, zu heben, hängt der obere noch unter den geschädigten Seilscheiben fest.

85 japanische Seeleute ertrunken. Zu der Sturmstrophe an der Chiba-Piste, bei der, wie bereits berichtet, mehrere japanische Dampfer verunglühten, berichtet die Agentur Japadactique aus Tokio, daß 45 Mann Belading des einen Schiffes gerettet wurden, während es unmöglich war, den 85 Mann der drei anderen Rettung zu bringen.

Zwei Personen im Auto verbrannt. Ein mit 4 Reisenden beladenes Auto fuhr gestern in der Nähe von Lyon gegen einen Baum und geriet in Brand. Zwei von den vier Insassen verbrannten, während die beiden anderen in schwer verletztem Zustand in das Krankenhaus überführt werden mußten.

Zu dem Eisenbahnuunglück auf Ceylon. Nach neueren Berichten aus Colombo hat sich die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück ums Leben gekommenen Personen auf 25 erhöht. Die Zahl der Verletzen beträgt 40. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß einer der Zug nicht vorrichtsmäßig auf ein Nebengleis abföhrt, um den Erwähnung auf der eingetragenen Strecke passieren zu lassen.

Gewerksmäßige Verbrennung gegen das Feindende Leben. Die Münchener Polizei beschäftigt sich zurzeit mit einer unglaublichen Abtreibungsdelikte. Ein Schreiner und seine Frau verübten das Verbrechen gewerksmäßig und hatten sogar in einer norddeutschen Stadt eine Fülle eröffnet. Die Justiz wurde ihnen durch Agenten ausgebracht. Bis jetzt sind 40 Fälle aufgedeckt.

Mordversuch und Selbstmord in Berlin. Gestern abend versuchte der 35jährige Emil Valek in Reinickendorf-Ost, seine Geliebte, die Arbeiterin Gertrud Blümner, zu ermorden. Sie wurde mit einer schweren Kopfverletzung ins Krankenhaus gebracht. Valek verlor sofort nach der Tat Selbstmord. Der Grund zur Tat ist Eifersucht.

Der Mord an dem Postagenten Karl in Fall. Zu dem am Freitag voriger Woche verübten Raubmord an dem Postagenten Karl der diejenigen Postagentur wird noch berichtet: Die Leiche des Ermordeten wurde heute vormittag im Friedhof zu Budaress bestattet. Die polizeilichen Ermittlungen führten zu dem Ergebnis, daß Karl gegen elf Uhr am Freitag wieder nach Budaress kam und in einem Gasthof einzog. Er verließ gegen eins Uhr die Wirtschaft und fuhr in der Richtung nach Hall weiter, wo er unterwegs einen Jäger und einen Wegmacher traf, mit denen er sich kurze Zeit unterhielt. Etwa eine Viertelstunde später hörte man mehrere Schüsse fallen, denen man aber keine weitere Beachtung schenkte. Bald darauf sahen Arbeitnehmer einen Mann durch das Flurbett waten. Der gleiche Mann wurde später mit treifenden Neidern in der Richtung gegen den Hauptberg gesehen. Wahrscheinlich diente der Mann der Täter sein. Unter dem Verdacht, an dem Raubmord beteiligt zu sein, wurden inzwischen vier Personen verhaftet.

Son französischen Soldaten überfallen. Vor gestern abend wurde in Ludwigshafen ein 17jähriges Dienstmädchen auf dem Heimweg in der Nähe des französischen Konsulats von zwei französischen Soldaten angegriffen, die versuchten, das Mädchen zu vergewaltigen. Als sie infolge der heftigen Gegenwehr des Kindes jahen, daß sie ihr Ziel nicht erreichen würden, mißhandelten sie die Niedlichen. Der Obersturmmajor begab sich gestern in Begleitung des Postmeisters zum französischen Bataillonskommando und erhob Protest mit der Bitte um strenge Unterstrichung und Bekraftung des Tötens. Diese sind von der Besatzungsbehörde verhaftet worden.

Das Verfahren wegen der Berliner Invalidenhaus-Altenfürsorge eingestellt. Vor kurzem ereigte in der Dechenulichkeit die Weidung Alten, daß alte Alten aus dem Invalidenhaus mit der Originalunterstreichung bestreit des Großen beteiligt worden seien. Der Verbaud war durch eine mit dem Namen „Anton Betsch“ unterschriebene Anklage auf einen Regis-

tungsdirektor aus dem Reichsarbeitsministerium gelenkt worden. Inzwischen ist nachgewiesen worden, daß es sich bei den Anschuldigungen um einen gehässigen Nachteil handelt. Die anonyme „Anni Berger“ hat auch nichts mehr von sich hören lassen. Das Verfahren gegen den Regierungsdirektor ist nunmehr durch den Generalstaatsanwalt eingestellt worden.

Verurteilung eines Bauingenieurs. Vor dem Gewerkeisenhoffgericht in Kassel hatten sich anlässlich des Einsturzes des Erweiterungsbau des Wachtensabuf Alte in Herzberg am 6. November 1892, bei dem zwölf Arbeiter getötet wurden, wegen tödlicher Tötung der Bauingenieur Supp, der Betonpolier Bäst und der Zimmermann Berg zu verantworten. Eine große Reihe von Sachverständigen war geladen. Als Ursache des Unglücks war vom Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem schlechter Beton festgestellt worden. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß die Angeklagten Bäst und Berg freizulassen seien, da gegen habe Bauingenieur Supp seine Unschuldspflicht großlich vernachlässigt. Supp wurde zu sechs Monaten Gefängnis mit drei Jahren Bewährungsstrafe gegen eine Buße von 1.500 Mark verurteilt.

Der todbringende Kuh. In einem Kopenhagener Theater verstarb der Haushaltsteller, ohne daß Publikum davon etwas bemerkte. Ein recht eigenartiger Todestoll ereignete sich in dem kleinen „Cafino-Theater“ in Kopenhagen, wo ein Stuhl „Der todbringende Kuh“ genannt wurde. Kurz nach dem ersten Akt wurde der Schauspieler Philipp Beck, der die Rolle eines Barbers spielte, plötzlich ohnmächtig und bat um ein Glas Wasser. Als man ihm dies reichte, brach er zusammen und starb. Der herbeigerufenen Arzt konnte nur den eingetretenen Tod bestätigen. Die Vorstellung wurde jedoch fortgesetzt, indem man die Rollen auf andere Schauspieler verteilte, und das Publikum hatte auf diese Weise von dem tragischen Ereignis keine Ahnung. Nach Schluss der Vorstellung versammelten sich die Kollegen um den verstorbenen Kameraden im Bühnengang, der noch rot geschnukt war. Beck hinterließ Frau und zwei Kinder.

Ein Diamant für 1.2 Millionen Mark gekauft. Der Amerikaner Peggy Hopkins Joyce hat einen Diamant im Wert von 1.2 Millionen Mark gekauft. Der Stein soll der größte und feinste seiner Art sein.

Eine Eisfantenherde in Babelsberg bei Potsdam ausgedroten. Im Babelsberger Waldchen dicht am Bahnhof brach gestern vormittag eine Eisfantenherde, die sich auf dem Transport zu den dortigen Museumsbesitz befand, los und verlor die spärlichen Frühstück in nicht geringer Auflösung. Erst nach mehrstündigiger Arbeit gelang es den Bären, die Tiere wieder einzufangen, die in dem Waldstaude eine ziemliche Verheerung angerichtet hatten.

Starke Kälte auch in Südbanatreich. Die Kälte hatte sich, nach Meldungen aus Südbanatreich, auch dort unheimlich bemerkbar gemacht. Besonders die Weinberge haben unter dem starken Rückgang der Temperatur leid zu leiden. Ramentlich in den Gebieten von Bečejan und Kravon reckt man mit einem Wärmestift 80 Grad Kälte auf der Halbinsel Kamtschatka. Wie aus Petropawlowost gemeldet wird, herrscht auf der Halbinsel Kamtschatka eine ungewöhnliche Kälte. Stellvertreter wurde eine Temperatur von 60 Grad unter Null gemessen. Sabische Menschen und Tiere sind der furchtbaren Kälte bis zum Sterben gefallen.

Das elektrische Gelände. Auf dem Schloß des Grafen Andras Konan in Rizombot in Ungarn spulte ein Gelände und zwar ein ganz neuartiges, ein elektrisches, noch nie beobachtetes. Es sprühte Funken, was aber sonst nicht sichtbar. Als die Gräfin Konan sich eines Morgens von ihrem Sohn erhob, sprangen elektrische Funken aus den Polstern, und sie selbst bekam einen elektrischen Schlag, daß sie die Sänge nach ins Zimmer fiel. Darauf kam das Kammermädchen herein, half ihr auf die Beine und nahm dann den Schokstrand, der noch auf dem Sofa lag, herunter. Doch kaum hatte sie ihn auf die Erde gelegt, so sprangen aus seinem Fell Funken, so daß das Mädchen erschrocken und die Flucht ergreifte. Von diesem Tage an konnte sich niemand mehr auf ein Möbelstück setzen, ohne einen Schlag zu erhalten, sobald er sich erhob. Ja, das Gelände ging noch weiter. Schritt jemand eine Scheibe Brod ab, so fuhren die Funken aus dem Strommesser, zog der Diener im Billardzimmer die Standuhr auf, dann sprühten die elektrischen Strahlen aus dem ganzen Tischaufbau. Die Aufregung im Schloß wuchs, Dienstboten flüchtigten, und der Graf und seine Gemahlin beschlossen, einen Bademann

zu Rate zu ziehen. Da es sich um ein elektrisches Gelände handelte, wandte man sich nicht an einen Detektiv, sondern an einen Ingénieur. Als dieser erschien, war das Gespenst zum Generalangriff übergegangen. Funken blieben man beim Betreten aller möglichen Gegenstände, die man berührte, sogar aus den Handtüchern! Der Ingénieur hatte bald festgestellt, daß sich das Phänomen nur bei Menschen zeigte, die vorher auf einem Stuhl oder Sofa gesessen hatten. Ferner stellte sich das Gelände nur am Tage. Der auf dem Dach angebrachte Mast der Radiosendung zeigte sich als unschuldig. Das Ergebnis der Untersuchung war: An mehreren Stellen rund um das Schloß entzündete dem Boden Erdgas, dessen elektrische Spannungen sich der Luft mitteilten. Die die Leder überzogenen Sitzegelegenheiten weicherten die Elektrizität auf. Da die Schloßbewohner tagsüber Gummidusche trugen, lagen sie sich beim Niedersitzen mit Elektrizität. Die gräßliche Geländeergiechtheit war gelöst.

Eine neue Krankheit. Der Stolz der Amerikaner, mit dem sie behaupten, in allen Institutionen die erste Nation der Welt zu sein und allenhalben an der Spitze zu marschieren, hat einen neuen Klan erhaben. Jenette des Weltmeers haben sie nämlich nunmehr sogar eine — neue Krankheit, die nur ihnen allein gehört! Mehr kann kein Land und kein Volk verlangen... Es handelt sich um eine Infektionskrankheit mit Namen „Tularemia“ — der Volksmund nennt sie allerdings die „Wachanenkrankheit“ — die von der amerikanischen Wildnis entdeckt worden ist. Sie wird angeblich durch Bakterien verursachen, verläuft mit höchst leichten tödlich, ist aber in den meisten Fällen sehr wohl imstande, den von ihr Befallenen mindestens drei Monate arbeitsunfähig zu machen. Ansteckungen der Lymphdrüsen und Fieber sind die Haupterscheinungen der Krankheit. Ansteckend, sowohl Übertragung von Mensch zu Mensch in Betracht kommt, scheint sie nicht zu sein, sehr wohl aber infiziert die Verläufige eines frischen Tieres oder der Stich eines mit den besonderen Bakterien behafteten Insekts. Bemerkenswert ist, daß sich bisher jeder Geißler, der sich mit der Krankheit befaßte, angestellt hat. Uebrigens soll die „Tularemia“ ursprünglich eine Krankheit der Nagetiere gewesen sein, der im letzten Jahrzehnt bereits Legionen von Tieren zum Opfer fielen. Auf den Menschen wurde sie vermutlich durch einen übertragen. Heute ist sie über die ganze Welt verbreitet.

Eine Lotterie-Ziehungsmaschine. Eine unliebsame Vorgänge, die sich unlängst bei einer Ziehung der Preise der Preußischen Staatslotterie abspielten, haben den Ingenieur Emil Schaefer in Hagen im Westfalen veranlaßt, sich mit der Konstruktion einer Maschine zu beschäftigen, welche jeden Betrag und jede Unregelmäßigkeit bei einer Ziehung ausschließt, die sich in Zukunft ganz automatisch abwickeln soll. Der Erfinder hat seine Maschine bereits der Postdirektion und anderen Fachleuten vorgeführt, ebenso dem Patentamt, bei dem Schaefer die Erfindung schon angemeldet hatte. Auch dem Auslande — so Amerika, Schweden, Spanien — hat er seine Maschine angeboten. Am Montag nachmittag führte er seine Erfindung einem Kreis von Preisvertretern vor, und nach seinen Ausführungen und dem Augenschein zu urteilen, scheint die Ziehungsmaschine in der Tat jeden Ziehung von fremder Hand auszuschließen. Die ganze Anlage besteht aus 30 000 Meter hohen Säulen, von denen jede 5 Systeme à 10 Regel oder Hauptzettel enthält. Über jedem System befindet sich ein Verteiler, so daß insgesamt 150 Verteiler vorhanden sind. Über dem gesamten Apparat liegt in zentraler Anordnung ein Serienverteiler, d. h. ein Verteiler, der eine Regel auf die einzelnen Systeme oder Serien verteilt. Die Regel läuft dann weiter auf den Regel, wo sie in einer Nummernöffnung verschwindet, die dann durch eine Klappe sofort automatisch verschlossen wird. Jede Klappe hat nur eine Nummer, so daß eine Doppelziehung nicht vorkommen kann. In demselben Augenblick, in welchem sich eine Klappe schließt, werden Losnummer und Gewinnbetrag leuchtend an die Wand des Raumes geworfen und gleichzeitig auf einen Kontrollstreifen gedruckt, wodurch eventuelle Sofortfehler, wie sie bei den Gewinnzahlen schon vorgekommen sind, unmöglich werden. Für die Preußische Lotterie mit ihren 375 000 Losen sind, wie schon oben festgestellt, 30 Säulen nötig, von denen jede fünf Systeme à 10 Regel mit je 250 Klappen enthält, das sind 30 mal 5 mal 10 mal 250 = 375 000 Klappen für die gleiche Zahl von Losen. Die ganze Anlage würde rund eine Million Mark kosten, aber von unbegrenzter Lebensdauer sein, da sie fast nie abgenutzt wird.

